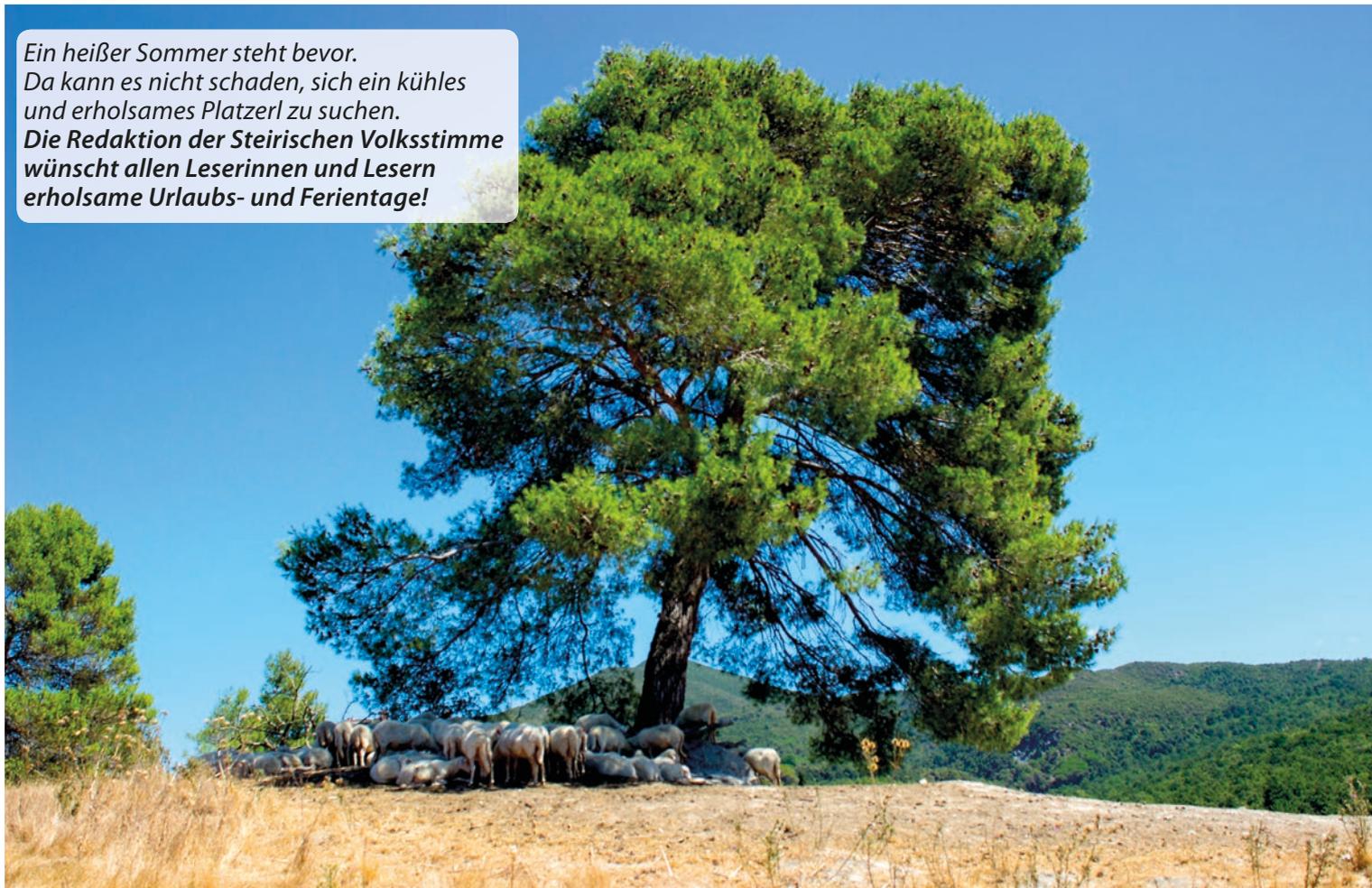


Wem kann man noch VERTRAUEN?

Interview mit dem KPÖ-Spitzenkandidaten Robert Krotzer

Seite 2-3

Ein heißer Sommer steht bevor.
Da kann es nicht schaden, sich ein kühles
und erholsames Platzerl zu suchen.
Die Redaktion der Steirischen Volksstimme
wünscht allen Leserinnen und Lesern
erholsame Urlaubs- und Ferientage!



**DAS LEBEN
IST ZU
TEUER**

WOHNEN

Seit 2009 sind in der Steiermark die Mieten um 25% und die Betriebskosten um 20% gestiegen. Die Löhne stiegen nur um 13,1 Prozent.
Für eine amtlich geregelte Mietzinsobergrenze!



KPÖ

ZITIERT



„Sehr viel ist nun von denen die Rede, die sich kaufen lassen. Sehr viel weniger dagegen von denen, die sie schmieren.“
Barbara Blaha, Die Presse, 24. 5. 2019.

„Der freie Markt kann die Wohnungskrise nicht beheben.“
Neapel Brown, Architekt, Falter, 2. 5. 2019.

„Wasserkraftwerke um jeden Preis werden von zukünftigen Generationen einen hohen Preis abverlangen. Das Grazer Murkraftwerk ist dafür ein Paradebeispiel. Mit billigsten Auflagen wurden an die 25.000 Mur-Bäume in der Stadt eliminiert und werden großteils irgendwo fernab als Kleinstbäume ersetzt. So etwas ist nicht wiedergutzumachen.“ Prof. Johannes Gepp (Naturschutzbund), Steirerkrone, 14. 5. 2019.

„Der niederösterreichische SPÖ-Chef Schnabl lässt sich, bevor er sich in der Landespolitik engagierte, von dubiosen Geheimdienstlern zu Korsika-Urlaub und größeren Geschenken einladen und findet dabei nichts Anstößiges. Dabei übersieht er, wie massiv die Glaubwürdigkeit aller Volksvertreter bei uns Bürgern darunter leidet.“ Martin Grubinger, Percussionist, Krone, 12. 5. 2019.

„Der deutsche Finanzminister. Das ist der König von Europa.“ Francis Fukuyama, Arte, 14. 5. 2019.

„Die Korruption trägt kein Parteiabzeichen. Das österreichische Wasser wollen auch andere privatisieren, in die »Kronen-Zeitung« hat sich schon ein Unternehmer mit besten politischen Verbindungen eingekauft, und dass gute Kontakte zu russischen oder zentralasiatischen Potentaten so manchem sozialdemokratischen Politiker über das Schlimmste hinweggeholfen haben, wissen wir.“ Konrad Paul Liessmann zum Ibiza-Video, Neue Zürcher Zeitung, 28.5. 2019.

NATIONALRATSWAHL 29. SEPTEMBER 2019 – INTERVIEW MIT DE

Abgehobene Polit-Geh abgehobener

Über teures Wohnen, Missstände im Gesundheitssystem und den Pflegenotstand sprach die steirische Volksstimme mit dem Grazer Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer. Er ist der Spitzenkandidat der KPÖ Steiermark bei der Nationalratswahl am 29. September.

Steirische Volksstimme: Warum kandidiert die KPÖ bei der anstehenden Nationalratswahl und welche Ziele haben Sie?

Robert Krotzer: Es muss endlich über die alltäglichen Probleme der Menschen geredet werden: Wohnen, Gesundheit und Pflege. Die etablierten Parteien agieren oft abgehoben und haben kein Verständnis für die Sorgen der einfachen Menschen. Das kann sich nur ändern, wenn eine Partei gestärkt wird, die das Ohr bei der Bevölkerung hat. Und die vor allem nicht abhängig ist von Groß Spendern aus der Finanz- oder Immobilien-Branche.

Wir machen uneigennützig Politik für alle Menschen, die keine Lobby haben und setzen uns etwa für Mietzinsobergrenzen, einen Gebührenstopp bei Betriebskosten oder die Abschaffung der Maklergebühr für Mieter ein. Eine starke KPÖ erhöht den Druck

auf die anderen Parteien, beim Thema Wohnen nicht länger zu schlafen.

Sie wollen die Gesundheit thematisieren. Wieso das?

Krotzer: Weil die Versorgung für die Bevölkerung immer schlechter wird. Teure Wahlärzte gibt es so viele wie noch nie in Österreich. Aber die meisten Menschen können sie sich nicht leisten. Auf einen Termin beim Facharzt mit Kassenvertrag müssen immer mehr Menschen oft Monate warten.

Die Versorgung im ländlichen Raum wird weiter ausgedünnt. Auf einen OP-Termin im Krankenhaus wartet man bis zu einem Jahr, wenn man keine Zusatzversicherung hat. Und gleichzeitig sperren ÖVP und SPÖ die Spitäler zu. Das ist ein Skandal. Das muss sich ändern!

Sie sind Pflegestadtrat in Graz. Das Thema wird ja jetzt auch breit debattiert.

Krotzer: Beim Thema Pflege wird viel mit Zahlen jongliert. Dabei vergessen viele Politiker, dass es die Menschen sind, die beim Thema Pflege im Mittelpunkt stehen sollten – die Menschen, die Pflege brauchen und ihre Angehörigen, aber auch jene, die in den Pflegeberufen oft unter enormem Arbeitsdruck leiden.

Was ist beim Thema Pflege für Sie das Wichtigste?

Krotzer: Dass die Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben können. Oftmals sind sie aus finanziellen Gründen gezwungen, in ein Heim zu gehen, weil sie sich das tägliche Leben nicht mehr leisten können, wenn sie mobile Pflege voll bezahlen müssen. In Graz haben wir deswegen eine Zuzahlung eingeführt: Bei mobilen Pflegediensten stellen wir sicher, dass den Menschen jedenfalls die Höhe der Mindestpension von 885 Euro für Miete und Lebensalltag verbleibt.

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass dieses Modell steiermarkweit umgesetzt wird und auch pflegebedürftigen Menschen in Liezen, Voitsberg oder Feldbach davon profitieren. Wichtig ist auch, dass der Regress für die mobile Pflege dringend abgeschafft wird – wer in den eigenen vier Wänden bleibt, darf nämlich nicht benachteiligt werden!

Ist der Begriff »Pflegenotstand« für Sie berechtigt?

Krotzer: Ja. Es fehlen allein in der Steiermark 500 ausgebildete Pflegekräfte – und das pro Jahr! Die



Robert Krotzer ist Spitzenkandidat der steirischen KPÖ bei der Nationalratswahl am 29. September



NEUE SPITZENKANDIDATEN DER KPÖ

Ältere führen zu Politik



ROBERT KROTZER: Ein glaubwürdiger Kandidat

Robert Krotzer (hier mit Elke Kahr, Claudia Klimt-Weithaler und Ernest Kaltenegger) wurde 2017 Stadtrat für Gesundheit und Pflege in Graz. Davor arbeitete der 32-jährige an der Grazer Klusemann-Schule als Lehrer für Deutsch und Geschichte und war KPÖ-Gemeinderat. Er führt die KPÖ Steiermark in die Nationalratswahl im Herbst.

Beschäftigten in den Pflegeberufen haben sich auf jeden Fall nicht nur mehr Wertschätzung, sondern auch mehr Gehalt verdient! Man darf nicht vergessen: Viele Beschäftigte leisten Großartiges – und arbeiten am Limit. Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken außerdem besser gegen Personalmangel als jede Image- und Werbekampagne.

Für Sie gilt auch die KPÖ-Regelung der Gehaltsobergrenze?

Krotzer: Ja, ich gebe monatlich knapp 4.000 Euro von meinem Gehalt an Menschen in Notlagen weiter und behalte mir

1.950 Euro im Monat. Einmal im Jahr lege ich zusammen mit der Grazer Stadträtin Elke Kahr und den beiden kommunistischen Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg darüber Rechenschaft ab. Bei mir ist das seit meinem Amtsantritt 2017 eine Summe von über 125.000 Euro. Mehr als zwei Millionen Euro sind in den 20 Jahren zusammengekommen, in denen die steirische KPÖ diese Regelung anwendet.

Und diese Regelung der KPÖ ist sehr wichtig, denn abgehobene Politikergehälter führen auch zu abgehobener Politik.



Robert Krotzer, KPÖ-Kandidat

KPÖ

Wem kann man noch Vertrauen?



Das Ibiza-Video macht 's möglich: Einen kurzen Augenblick lang haben wir hinter die Kulissen der großen Politik schauen dürfen. Und es ist kein gutes Bild, das uns da geboten wird. In einem Punkt sind die meisten Parteien gleich: Sie lassen sich ihre Politik von Wirtschaft, Banken und großen Spendern vorschreiben. Wer von den Millionen abhängig ist, die ihm Milliarden spenden, für den steht das, was die Leute wollen, nicht an erster Stelle.

Es geht aber auch anders. Das haben wir in vielen Gemeinden gezeigt. Wir bemühen uns, gute Arbeit für die Menschen zu machen. In vielen Betriebsräten sind wir eine starke Kraft.

Und wir gehen mit gutem Beispiel voran: Unsere Mandatarinnen und Mandatare spenden einen Großteil ihres Politgehaltes für Menschen in Not.

Konkrete Hilfe, Vorschläge für ein besseres Leben, gemeinsames Handeln. Damit können wir zumindest kleine Erfolge erreichen. Genau das fehlt bisher in Österreich. Deshalb treten wir bei dieser Wahl gemeinsam an. Wenn man „oben“ nicht mehr überhören kann, was die Menschen „unten“ wollen, können wir viel erreichen.

Wir setzen uns gemeinsame Ziele:

WOHNEN darf nicht arm machen!

GESUNDHEIT ist keine Ware!

Unser Land, das sind WIR ALLE!

Wir haben saubere Hände.

Wir setzen und aktiv für soziale Anliegen ein. Wir sorgen für Kontrolle und für Information. Das haben wir dort bewiesen, wo wir schon vertreten sind. Und wir denken über den heutigen Tag hinaus: Wenn Politik und Wirtschaft weitermachen wie bisher, zerstören sie unsere Umwelt, gefährden den Frieden und stürzen immer mehr Menschen in Unsicherheit und Armut. So kann es nicht weitergehen. **Wir wollen eine Gesellschaft, in der Geld und Macht nicht alles bestimmen.**

Dafür brauchen wir Ihre Hilfe. Die Menschen sollen nicht das kleinere Übel ankreuzen müssen, sondern eine glaubwürdige Alternative auf dem Stimmzettel haben.

Setzen wir am 29. September ein Zeichen!

Robert Krotzer



KLEIN, aber MIT BISS



Das war eine KURZE Regierung. Wir werden aber noch lange an sie denken müssen.

Abfuhr für Gesundheitspolitik des Landes

67,27 Prozent der Liezener Bevölkerung haben sich am 7. April gegen den Kahlschlag in der Gesundheitsversorgung ausgesprochen und der Vorgangsweise der Landesregierung eine deutliche Abfuhr erteilt. Bei einer für eine Volksbefragung eindrucksvollen Wahlbeteiligung von 42,2 Prozent hat die Bevölkerung klargestellt: Die Krankenhäuser in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming müssen erhalten bleiben!

„Es war kein guter Stil von Gesundheitslandesrat Drexler, bereits vor der Volksbefragung zu erklären, er werde das Ergebnis ignorieren, wenn es ihm nicht passt. Die Menschen wollen nicht überfahren, sondern einbezogen werden. Das Ergebnis ist von allen anzuerkennen und muss auch praktische Konsequenzen haben“, betonen die **KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg**.

Die steirische KPÖ, die die Volksbefragung mitinitiiert hat, sprach allen Menschen, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben, ihren Dank aus und gratulierte der Bürgerinitiative B.I.S.S. sowie allen anderen, die sich für die Spitäler engagiert haben. Bemerkenswert ist, dass

die ÖVP im Bezirk Liezen bei der letzten Landtagswahl 12161 Stimmen erreichen konnte, während die Zahl der Ja-Stimmen zum Leitspital heute nur knapp über 8500 betrug.

Landesrat Drexler hat trotz des „NEIN“ der Bevölkerung die Weichen für die Schließung der Spitäler gestellt und arbeitet weiter an der Umsetzung des „Leitspitals“ in Stainach. Dieses soll zur Hälfte von einem privaten Betreiber geführt werden. Die KPÖ warnt davon, die medizinische Grundversorgung aus der öffentlichen Hand zu geben und so einen Schritt in Richtung Privatisierung zu unternehmen. „Gesundheit ist keine Ware, das steht für uns fest“, betont Klimt-Weithaler.



Ein klares Ergebnis brachte die Volksbefragung im Bezirk Liezen zur Schließung der Spitäler.

Gesundheit ist keine Ware

Vorschläge der KPÖ zur Reform des Gesundheitswesens, Broschüre, Tel. 0316/ 877 2152, E-Mail: ltk



Schaden für die Regionen

Im Interview: Drei Fragen an die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg.



Immer wieder hört man, die Kürzungen im Gesundheitsbereich seien unausweichlich. Wie sieht das die KPÖ?

Claudia Klimt-Weithaler: Die viel zitierte Kostenexplosion findet gar nicht statt. Der Anteil der Gesundheitskosten an den Staatsausgaben in den letzten Jahrzehnten ist nur sehr leicht angestiegen – und das trotz einer alternden Bevölkerung.

Welche Auswirkungen hätte die Schließung der Spitäler in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming?

Werner Murgg: Neben der Ausdünnung der Gesundheitsversorgung sind auch viele Arbeitsplätze betroffen. Ein Krankenhaus besteht nicht nur aus medizinischem

Personal. Es gibt auch Techniker, eine Küche, eine Reinigung und viele Bereiche, die daran angeschlossen sind. Das alles würde verloren gehen.

Die Argumente für eine Schließung sind aus Ihrer Sicht also nicht nachvollziehbar?

Werner Murgg: Niemand verlangt, dass es überall jede Spezialisierung gibt. Aber eine interne Abteilung, eine Geburtsstation, eine Chirurgie sollte einfach schnell erreichbar sein.

Claudia Klimt Weithaler: Viele der Gesundheitspläne der Landesregierung haben mit der Realität nichts zu tun. Sie werden in einem Büro in Graz ausgedacht, aber ob die Konzepte auch im ländlichen Raum funktionieren, wo die Anfahrtswege und die Bedürfnisse oft ganz andere sind, ist sehr zu bezweifeln.

Protest gegen Teuerung

Steigende Kosten bereiten Menschen große Sorgen

„Steigende Wohn- und Lebenskosten bereiten den Menschen große Sorgen.“ – Aus diesem Anlass protestierte die KPÖ gegen die ständige Teuerung. Zahlreiche KPÖ-Aktivisten, darunter Stadträtin Elke Kahr, Stadtrat Robert Krotzer und LAbg. Claudia Klimt-Weithaler, waren beim Protestmarsch in Graz dabei.



Während Löhne in Österreich seit 2009 um 13,1% erhöht wurden, schnellen die Wohn- und Lebenshaltungskosten in der Steiermark in die Höhe: Mieten sind um ein Viertel und Betriebskosten um 20%

gestiegen, die Öffi-Stundenkarte kostet gar um ein Drittel mehr. „Die statistischen Zahlen unterstreichen, was wir tagtäglich spüren: Die Leute haben Probleme die laufenden Wohnkosten bewältigen zu können“, so Stadträtin Elke Kahr.

„Für Menschen wird es immer schwieriger mit dem Geld auszukommen. Die monatlichen Fixkosten fressen die Löhne auf. Durch die überdurchschnittlichen Teuerungen beim Wohnen bleibt den Leuten immer weniger zum Leben“, so Robert Krotzer.

Der Spitzenkandidat der KPÖ Steiermark legt für die Nationalratswahl im September vor allem den Fokus darauf, dass das tägliche Leben der Steirerinnen und Steirer wieder leistbarer werden muss.

**DAS LEBEN
IST ZU
TEUER
STOPP
DEN JÄHRLICHEN
ERHÖHUNGEN**

Weil **WIR** etwas
ändern können!

KPÖ

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Tierschutz nützt uns allen!



Auf den Gemeindeämtern und online kann derzeit das Tierschutz-Volksbegehren unterschrieben werden. Ich habe meine Unterschrift geleistet, weil Tierschutz alle angeht und weil die Forderungen dringend umgesetzt gehören.

Es geht nicht nur um das Tierleid. Es geht auch um einen aus den Fugen geratenen Freihandel. Die EU wird derzeit mit Billig-Hühnerfleisch aus der Ukraine überschwemmt. Das ist legal, weil der Konzern in der Slowakei eine Firma besitzt, über die das Fleisch eingeführt wird. Versteuert wird alles im Steuerparadies Zypern. Die Firma wirft mehr Fleisch auf den Markt als alle österreichischen Betriebe zusammen. Finanziert wird alles mit EU-Krediten. Mit Hilfe von EU-Förderungen wird das Fleisch auch nach Südafrika exportiert.

Landwirtschaftliche Betriebe, denen das Wohl der Tiere ein Anliegen ist, können da natürlich nicht mithalten. Ich war vor kurzem zu Gast bei einem Bio-Geflügelbetrieb in der Oststeier-

mark. Dort habe ich mich davon überzeugen können, dass artgerechte Tierhaltung und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt möglich ist. Von den 50 Millionen Dollar, die der ukrainische Geflügel-Oligarch mit seinen Tierfabriken jedes Jahr verdient, können solche Betriebe nur träumen. Sie müssen froh sein, wenn sie über die Runden kommen.

Im Tierschutzvolksbegehren wird gefordert, mit solchen Geschäftspraktiken Schluss zu machen. Davon würden die heimischen Betriebe profitieren, aber auch die Umwelt. Es ist ein ökologischer Irrsinn, wenn Geflügel um den ganzen Erdball geschickt wird. Der grenzenlose Freihandel geht auf Kosten der Menschen, der Tiere und der Natur. Solange nur die Profite zählen, wird vieles ein frommer Wunsch bleiben. Deshalb ist es wichtig, mit der Unterstützung des Volksbegehrens ein Zeichen zu setzen.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

<https://tierschutzvolksbegehren.at/>



Mieter zahlen für Banken

Nur öffentlicher Wohnbau kann Wohnungskrise entschärfen

Die Geschäftemacherei mit der Wohnungsnot steigt weiter an. Wo werden dem Kapital immer noch hohe Renditen versprochen? Beim Wohnen.

Die steigenden Kosten am privaten Wohnungsmarkt treffen alle: Mieten, Heizung, Strom, Kanal, Müllentsorgung etc. werden ständig teurer. Es wird viel gebaut, aber oft am Bedarf vorbei.

Die KPÖ fordert ein umfassendes kommunales Wohnbauprogramm. Nur so kann die Wohnungskrise entschärft werden.

In Ballungszentren wie Graz gibt es viel zu wenig leistbare Wohnungen. Am privaten Wohnungsmarkt schnellen die Preise in die Höhe. **Seit Jahren steigen Mieten und Betriebskosten deutlich stärker als die Arbeits-**

einkommen: Plus 22 Prozent beträgt die durchschnittliche **Kostensteigerung bei Mieten** in der Steiermark (2011 bis 2017). Im gleichen Zeitraum sind die Einkommen nur um 11,8 Prozent gestiegen.

In Graz kostet eine mittlere Gesamtmiete inkl. Betriebskosten 11,44 Euro pro Quadratmeter. Ein hoher Anteil an Gemeindewohnungen ist ein wesentliches Instrument, um einem zügellosen Anstieg des Mietzinsniveaus entgegenzuwirken.

Das Land muss die Wohnbauförderung für den kommunalen Wohnbau verwenden. Damit könnten die Gemeinden selbst Wohnungen bauen. Dafür setzt sich die KPÖ ein. Sonst steigen die Preise ungebremst weiter. Und zum Leben bleibt immer weniger, wenn das Dach über dem Kopf schon einen Großteil des Einkommens verschlingt.

FÜR SOZIALE MIETZINSOBERGRENZEN!

Wohnen macht arm

| | | |
|----------------------|-------------------|--------------------|
| 1975: Miete 600 öS | Gehalt 4.000 öS | also 15% für Miete |
| 2015: Miete 600 Euro | Gehalt 1.500 Euro | also 40% für Miete |
| 2019: Miete 800 Euro | Gehalt 1.600 Euro | also 50% für Miete |



Es kommt nicht nur darauf an, ob viel gebaut wird, sondern vor allem darauf, ob leistbare Mieten ermöglicht werden.



Life: Kostenfalle durch Landesgesetz – über 2000 Häuser betroffen



Tausende Liftanlagen in der Steiermark sind vom neuen Hebeanlagengesetz betroffen. Auf Mieter und Eigentümer kommen hohe Kosten zu.

Die Nachrüstung von Liftanlagen bringt viele Bewohner von steirischen Wohnhäusern in eine finanzielle Notlage.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Das Land muss von dieser Regelung Abstand nehmen. Wo wirklich neue Liste nötig sind sollten sie vom Land bezahlt werden.“

Land zahlt für Airpower 2019!



Heer laut Verteidigungsminister „vor dem Konkurs“ – KPÖ erinnert an lange Geschichte von Geldverschwendung.

Verschwendung von Steuergeld sowie massive Lärm- und Umweltbelastung begleiten die Airpower von Anfang an. Obwohl das Österreichische Bundesheer nach den Worten von Verteidigungsminister Starlinger „vor dem Konkurs“ steht, wird die sündteure Flugshow dennoch durchgeführt – auf politischen Druck hin, wie der Minister andeutet.

Finanziert wird das Spektakel mit Geldern, die für den Ausbildungs- und Dienstbetrieb vorgesehen sind. Die Abhaltung der Show beeinträchtigt also unmittelbar die Handlungsfähigkeit des Bundesheeres. Im Gegenzug erwartet sich Minister Thomas Starlinger ein „innovatives Entgegenkommen“ des Landes Steiermark. **KPÖ-LAbg. Werner Murgg** spricht sich dagegen aus, öffentliches Geld und öffentliche Ressourcen für die Flugshow zur Verfügung zu stellen.

„Das Land Steiermark hat in der Vergangenheit ohne Rechtsgrundlage Förderungen für die Airpower vergeben, im Jahr 2016 waren es 1,2 Mio. Euro. Sogar die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat gegen Mitglieder der Landesregierung ermittelt. Wenn also

von einem ‚innovativen Entgegenkommen‘ die Rede ist, müssen alle Alarmglocken läuten!“, warnt Murgg vor einer Unterstützung der Airpower durch das Land Steiermark.

2016 kritisierte der Rechnungshof, dass es bei der Airpower keine konkreten Förderziele und keine Untersuchung des Nutzens für den Tourismus gab. Förderunterlagen wurden nicht vorgelegt, für das Rahmenprogramm wurde keine Bewilligung beantragt – und vom Land wurde auch keine eingefordert. Dadurch ersparte man sich die nach dem Gesetz nötigen Ordner-, Brandschutz-, Sanitäts- und Rettungsdienste, ebenso den Abschluss einer Haftpflichtversicherung.

Laut Medienberichten sollte die mit Steuergeld in Millionenhöhe subventionierte Werbeshow der Rüstungsindustrie aus Kostengründen abgesagt werden. Die Großveranstaltung ist eine schwere Belastung für die Umwelt und auch aus Neutralitätspolitischen Gründen äußerst fragwürdig. „Es ist es unverständlich, dass die Airpower sogar auf Kosten der Handlungsfähigkeit des Bundesheeres durchgeführt werden soll“, kritisiert Murgg.

MEINUNG

KPÖ-LAbg. Werner Murgg

Die Sumpflüten mit dem Sumpf austreiben?

Das Ibiza-Video vermittelt ein fürchterliches Sittenbild, wie moralisch verrottete Teile der FPÖ tatsächlich sind. Wenn es sich dabei um den Parteivorsitzenden handelt, ist es doppelt schlimm. Abgesehen vom alkoholgeschwängerten Größenwahn der Herren bestätigen die bisher veröffentlichten Aussagen das, was ohnehin jeder gelernte Österreicher weiß: Wenn der FPÖ-Vorsitzende Novomatic, Glock, Benko, Horten, quasi die Creme de la Creme der österreichischen Kapitaleliten, als Sponsoren – mag es für die FPÖ nun stimmen oder nicht – aufzählt, zeigt das nur, wie dicht der Filz zwischen Geld und Politik bereits ist. Das gilt für nahezu alle im Parlament vertretenen Parteien. Bis zu den Neos, die sich als besonders transparent aufspielen, in Wahrheit aber die Spielwiese des Strabag-Eigentümers Hans-Peter Haselsteiner darstellen. Gerade die Sozialdemokratie sollte jetzt mit Vorwürfen vorsichtig sein. Ist gerade auch ihr Spitzenpersonal wie mit einer Drehtür mit der heimischen und ausländischen Konzernmacht verbunden: Wehsely und Ederer zu Siemens, Klima zu VW, Vranitzky kam von der Bank Austria, Gusenbauer

mutierte zum Oligarchenberater. Dass sich hier die einfachen Arbeiter und Angestellten, die tagtäglich hart arbeiten müssen, um das immer teurer werdende Leben finanzieren zu können, mit Grausen von der Politik abwenden ist nur zu verständlich. Eine österreichweite Kraft, die den berechtigten Protest der einfachen Menschen aufnimmt und gegen die präpotenten und selbstgefälligen Eliten lenkt, wäre dringend geboten. Die KPÖ Steiermark versucht, diese Kraft zu sein. Leider beschränkt sich ihr Handlungsfeld vorläufig nur auf unser Bundesland. Wenn vor dem Bundeskanzleramt EU-Fahnen schwenkend über den Strache-Rücktritt gejubelt wurde, zeigt das nur, wie „treffsicher“ leider viele an den wirklichen Zusammenhängen vorbeisehen. Glaubt denn wirklich jemand die Sumpflüte Strache mit dem EU-Sumpf trockenlegen zu können? Erinnern wir uns an die zweifellos ernst gemeinte Aussage von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „Wenn es ernst wird, muss man lügen!“

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
Tel. 03842 / 22670



Flugschauen sind in Deutschland seit der Katastrophe von Ramstein verboten. In Österreich werden aber immer noch korrupte Geschäfte mit der Rüstungsindustrie gemacht. Obwohl sich das Bundesheer die Airpower Anfang September gar nicht leisten kann und die Sache mit der Verteidigung der Neutralität schon gar nichts zu tun hat, will man diversen Politikern wohl eine Plattform für den Wahlkampf bieten. Lärm- und Umweltbelastung spielen für sie keine Rolle.

Teurer Etikettenschwindel: „Betreubares Wohnen“ ohne Betreuung

„Betrug an älteren Menschen“ nennt Herr Rappold ein vom Land gefördertes Wohnmodell. Die inzwischen verstorbene Mutter des Steirers hat in einer solchen Wohnung gelebt. Die weit überhöhten Kosten hätten die Pensionistin fast in den Ruin getrieben.

Wer älter wird und im Haushalt nicht mehr alles alleine bewältigen kann, denkt darüber nach, welche Formen der Betreuung in Frage kommen. Im eigenen Zuhause zu bleiben und an Ort und Stelle Hilfe in Anspruch nehmen zu können, ist für viele das bevorzugte Modell. Kein Wunder, dass die Nachfrage nach Wohnungen, die unter dem Titel „betreutes oder betreubares Wohnen“ auf den Markt geworfen wurden, hoch ist.

Die Erwartungen haben sich aber sehr oft nicht erfüllt – im Gegenteil, viele Seniorinnen und Senioren stehen vor einem finanziellen Scherbenhaufen. Das Land Steiermark, das diese Wohnform gefördert hat, will

„Betreutes Wohnen“ ist eine Wohnform für ältere Menschen im Rahmen eines geförderten Mietverhältnisses. Die Wohnsituation muss „altersgerecht“ sein und mit mobilen Betreuungsleistungen kombiniert. Dadurch soll ein Verbleib in der eigenen Wohnung ermöglicht werden.

„Betreubare Wohnungen“ dagegen ermöglichen Menschen mit Behinderung oder altersbedingten Einschränkungen eine selbstständige Lebensführung. Die Wohnungen müssen barrierefrei sein.

von den Problemen nichts wissen. Dabei wurden für „betreutes und betreubares Wohnen“ massive Überschreitungen der für geförderten Wohnbau üblichen Gesamtbaukosten toleriert.

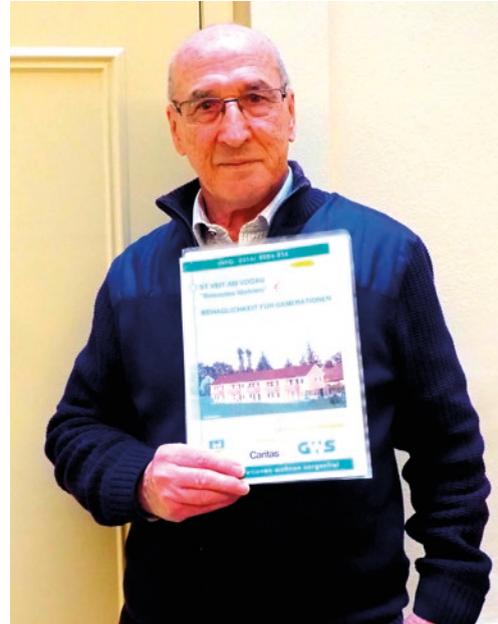
Überhöhte Kosten

Für dieses betreute oder betreubare Wohnen wurde in der Steiermark in den letzten Jahren vielerorts geworben. Diese Wohnform wird auch vom Land Steiermark gefördert. Viele Senioren klagen aber über stark überhöhte Kosten, die manche in den Ruin treiben.

Der Grund dafür ist, dass die Betreuungsleistungen keineswegs in den hohen Kosten inkludiert sind. Alles ist extra zu bezahlen. Das ist vielen Betroffenen nicht klar. Sie klagen, dass sie eine Wohnung erworben haben, weil sie der Meinung waren, damit auch eine Betreuung zu erhalten. Diese muss aber, wie bei jeder anderen Wohnung, erst organisiert und bezahlt werden. Oft liegen die „betreubaren“ Wohnungen in der Nähe von Pflegeeinrichtungen. Das bedeutet aber nicht, dass automatisch Betreuungsleistungen angeboten werden. Im Gegenteil: durch die oft überhöhten Kosten für die Wohnungen bleibt den Senioren nicht mehr genug Geld, um die benötigte Pflege bezahlen zu können.

Ohne gesetzliche Grundlage

Für das „betreute“ bzw. „betreubare Wohnen“ gibt es in der Steiermark keine gesetzliche Grundlage. Es handelt sich um die Erfindung einer Wohnbaugenossenschaft, die über zahlreiche Querverbindungen zur ÖVP verfügt. Für die Firmen im Hintergrund ist das Geschäft lukrativ: Bis zu 40 Prozent der Baukosten werden vom Land Steiermark übernommen – oft sind sie deshalb weit überhöht! Es handelt sich um geförderte



Herr Rappold mit einer Werbebroschüre für die Wohnung, die ihn teuer zu stehen kam. „Das „Betreubare Wohnen ist Etikettenschwindel. Es ist die Erfindung einer Wohnbaugenossenschaft, die politisch gut vernetzt ist und bei den Förderungen mitnascht. Dabei sind es normale Mietwohnungen, die Bewohner müssen sich selbst versorgen. Dafür zahlen sie aber eine um 40 Prozent überhöhte Miete.“

Mietwohnungen.

Der für die Pflege zuständige Landesrat Christopher Drexler (ÖVP) hat nach seinem Amtsantritt 2014 ein neues Pflege- und Betreuungsgesetz angekündigt, das beide Wohnformen regeln soll. Geschehen ist aber bis heute nichts, von einem neuen Gesetz ist nach fünf Jahren keine Rede mehr.

Lediglich in der Verordnung zum Wohnbauförderungsgesetz gibt es Bestimmung, dass die Baukosten bei betreubarem und betreutem Wohnen um bis zu 200 Euro pro Quadratmeter höher sein darf als im geförderten Wohnbau höchstens zulässig ist. Und das, obwohl dafür keine besondere Leistung gesetzlich vorgeschrieben ist!

Mehrere der „betreubaren“ Wohnhäuser sind mittlerweile wieder ganz normale Mietwohnungen und jede Betreuungsleistung. Der überhöhte Preis ist aber weiterhin zu zahlen.

„Brauchen ordentliche Regelung“

Der Annuitätenzuschuss muss mit 1 % Verzinsung zurückgezahlt werden, das ist ein

„versteckter manipulierter Mietzins“. So machen die beteiligten Genossenschaften und Banken mit diesem System hohe Profite.

In der Steiermark wurden beide Formen gefördert, laut einer Auskunft des zuständigen Wohnbaulandesrates Johann Seitinger (ÖVP) an die KPÖ allerdings beinahe zehnmal so viele „betreubare“ wie „betreute“ Wohnungen.

KPÖ für leistbare Wohnungen

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler war in den letzten Jahren mit mehreren Fällen konfrontiert. Immer wieder klagen Betroffene, sie hätten nicht gewusst, welche Leistungen sie wirklich bezahlen, und dann vor einem finanziellen Scherbenhaufen gestanden. „Es dürfte für die Bauträger ein sehr lukratives Geschäft sein, denn die Baukosten sind wesentlich höher als bei anderen geförderten Wohnungen. Die Idee von betreuten Wohnungen ist nicht schlecht, aber es ist leider teilweise eine Geschäftemacherei mit pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen. Deshalb brauchen wir eine klare gesetzliche Grundlage für diese Wohnungen.“

„Tag der offenen Konten“: Mehr als zwei Millionen Euro für Menschen in Notlagen

KPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare unterstützten 2018 1637 Steirerinnen und Steirer in Notlagen – seit 1998 über 2 Mio. Euro

Zum 21. Mal legten die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ am „Tag der offenen Konten“ am Ende des Jahres 2018 die Verwendung ihrer Bezüge offen. Seit Ernest Kaltenegger 1998 Stadtrat in Graz wurde, wird bei der KPÖ ein Großteil der Polit-Bezüge für Menschen in Notlagen verwendet.

2018 wurden von den Landtagsabgeordneten **Claudia Klimt-Weithaler** und **Werner Murgg** sowie von den Grazer Stadträten **Elke Kahr** und **Robert Krotzer**, der seit April 2017 Stadtrat in Graz ist, insgesamt **175.556 Euro** zur Unterstützung von Menschen in Notlagen zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld wurden **1.637 Personen bzw. Familien** unterstützt.

In Summe wurden seit 1998 von den Mandataren der KPÖ insgesamt € 2.126.558,33 an 16.386 Familien und Personen ausbezahlt. V.l.n.r.: Robert Krotzer (Stadtrat in Graz), Elke Kahr (Stadträtin in Rat), Claudia Klimt-Weithaler (Klubchefin im KPÖ-Landtagsklub), Werner Murgg (KPÖ-Landtagsabgeordneter).



Claudia Klimt-Weithaler, Landtagsabgeordnete der KPÖ: „Wer von einem geringen oder auch durchschnittlichen Einkommen leben muss, hat oft Sorgen, die viele in der Politik gar nicht mehr nachvollziehen können.“

Deshalb blenden viele aus, dass es mittlerweile auch für Vollzeit-Erwerbstätige schwer ist über die Runden zu kommen.“ Dem pflichtet auch Werner Murgg bei: „In manchen Branchen sind die Einkommen so schlecht, dass

es unmöglich ist, zu Rande zu kommen.“

ÖV-Tickets schon wieder teurer

Ab 1. Juli werden die Fahrpreise für Bus, Bahn und Tram in der Steiermark wieder kräftig verteuert. Die Erhöhung übersteigt die offizielle Teuerungsrate deutlich, obwohl die Landespolitik 2018 versprach, endlich von der Preistreiberi Abstand zu nehmen.

Topticket für Studierende

Jahresnetzkarte um 300 Euro

Was es für Lehrlinge und Schüler seit mehreren Jahren gibt, wird jetzt auch für Studierende umgesetzt: Das **Topticket der Verbundlinie**, eine **Jahresnetzkarte für Studierende**. Das Land präsentierte diese neue Ermäßigung im Öffentlichen Verkehr und setzt damit einen Antrag der KPÖ um. Das Topticket für Studierende kostet mit 300 Euro pro Jahr allerdings fast dreimal so viel wie die Jahresnetzkarte für Lehrlinge und Schüler.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler verweist auf die jährlichen Preissteigerungen bei den Ticketpreisen beim Öffentlichen Verkehr: „Die Wochenkarte ist innerhalb der letzten 10 Jahre um 43%, die Stundenkarte um ein ganzes Drittel teurer geworden. Der Preis der Stundenkarte erhöhte sich am 1. Juli um 4,17 Prozent. Es muss endlich eine Lösung im Verkehrsverbund erzielt werden.“ Sie hat im Landtag eine Dringliche Anfrage dazu eingebracht.

Die KPÖ setzt sich für ein Ende der Teuerungsautomatik im Verbund ein. Nur wenn der ÖV sozial verträg-

liche Preise hat, werden mehr Menschen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen!

Die Forderungen der KPÖ:

- Abschaffung der jährlichen Preiserhöhung!
- Verbilligte Jahreskarte!



16 Prozent Gehaltserhöhung – für Spitzenmanager

Die Mehrheit der Bevölkerung wäre froh darüber, wenn ihre Gehaltserhöhung drei Prozent brutto erreicht. Für Spitzenmanager gelten andere Maßstäbe. Die Vergütung der österreichischen Vorstandschefs ist 2018 im Durchschnitt um 16 Prozent gestiegen.

Gehälter 2018

Spitzenverdiener war 2018 OMV-Chef Rainer Seele mit einem Jahressalär von 4,47 Mio. Euro. Zu den Gagen-Kaisern gehörten BAWAG-Chef Anas Abuza-kouk (4,45 Mio. Euro), voestalpine-Chef Wolfgang Eder (3,76 Mio. Euro), Immofinanz-CEO Oliver Schumy (3,43 Mio. Euro), Andritz-Chef Wolfgang Leitner (3,12 Mio. Euro) und Erste-Group-Chef Andreas Treichl (3,06 Mio. Euro).

Kinder haben Recht auf Existenzsicherung



Jedes fünfte Kind in der Steiermark wächst an oder unter der Armutsgrenze auf. Das zeigt der Ende 2018 erschienene Armutsbericht des Landes. Die Fachtagung „Armut ist kein Kinderspiel“ des KPÖ-Landtagsklubs wollte sich mit den Ursachen auseinandersetzen und einen Beitrag zur Lösung dieses Missstandes leisten.

Hochkarätige Referentinnen und Referenten, unter anderem Dr.ⁱⁿ Laura Wiesböck (Universität Wien), Mag.^a Denise Schiffrer-Barac (Jugendanwältin des Landes Steiermark) und Dr. Peter Stoppacher (Mitverfasser des Armutsberichts des Landes

Steiermark). Franz Ferner stellte das Grundsicherungsmodell der Volkshilfe für Kinder vor.

Gastgeberin **Claudia Klimt-Weithaler** (KPÖ) freute sich über großes Interesse. „Für uns ist das ein Auftrag, konkrete Vorschläge und politische Initiativen zu entwickeln, damit Kinderarmut wirkungsvoll bekämpft werden kann. Alle Kinder haben ein Recht auf eine gesicherte Existenz.“



KPÖ: Zahlungen an die Atomindustrie einstellen!



Obwohl sich Österreich für immer von der friedlichen Nutzung der Atomenergie verabschiedet hat, wollen SPÖ und ÖVP partout nicht aus dem **EURATOM-Vertrag** austreten. Euratom verpflichtet Österreich jährlich zur Zahlung von 40 Millionen Euro. Ein Antrag der KPÖ wurde im Landtag nur von den Oppositionsparteien unterstützt.

Angriff auf Mindestsicherungsempfänger

Schluss mit dem Kaputtsparen des Sozialsystems!

Der Landesrechnungshof hat zahlreiche Missstände beim Vollzug der Mindestsicherung in der Steiermark aufgezeigt. Die Verfehlungen im SPÖ-geführten Ressort liegen offen. Ein typischer Fall: Das Sozialsystem soll auf dem Rücken der Menschen kaputtgespart werden.

Ein Untersuchungsausschuss, wie ihn die FPÖ fordert, ist in diesem Fall kein geeignetes Mittel. Ein Untersuchungsausschuss

(8,5 Monate). Der FPÖ geht es gar nicht um eine Lösung, sondern um einen Dauerwahlkampf. Neben der dürftigen Bilanz steirischer FPÖ-Politiker in Wien ist es vor allem der bekannt gewordene Korruptionsskandal an der Parteispitze rund um den Verkauf von politischen Gefälligkeiten gegen Spenden an FP-nahe Vereine, von denen die FPÖ ablenken will. „Auch die Rolle der FPÖ rund um verfassungswidrige Vorhaben im



Kaputtgespart: Olympia, Gondelbahnen, Flugshows: bei großmannsüchtigen Projekten kennen steirische Politiker kein Sparen. Beim Sozialsystem wird aber zum Kahlschlag angesetzt.

würde nicht mehr ans Licht bringen, als ohnehin bekannt ist. Wichtiger ist, wie die Mindestsicherung künftig in allen Bezirken der Steiermark ohne Unterschied des Wohnorts ausbezahlt werden kann und wie Schikanen gegen Menschen in schwierigen Situationen verhindert werden können.

Im Bericht wird deutlich, dass die Bezirke das Gesetz unterschiedlich auslegen. Die **Höhe des Mindestsicherungsbezugs** liegt in der Steiermark sowohl pro Haushalt als auch pro Person **unter dem österreichweiten Durchschnitt**. Auch die durchschnittliche **Bezugsdauer** liegt mit 7,3 Monaten **unter dem österreichischen Durchschnitt**

Zusammenhang mit dem Einkaufszentrum Seiersberg würde eine genauere Untersuchung verdienen“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Mit dem Vorstoß der FPÖ soll ein monatelanger Wahlkampf-schlager mit personellen Ressourcen des Landes Steiermark finanziert werden.

Das passt zum bekannt gewordenen Skandal um Spitzengagen, die im Umfeld des ehemaligen FP-Innenministers Kickl ausgezahlt wurden. Nicht weniger als 57 politische Mitarbeiter waren im Ministerium beschäftigt, „einfache Mitarbeiter“ im Umfeld Kickls bezogen bis zu 13.000 Euro monatlich.

GEMEINDERATSWAHL 2020

KPO

WEIL WIR GEMEINSAM ETWAS ÄNDERN KÖNNEN!

KPÖ in den Gemeinderat – mach mit!

Im März 2020 werden in der Steiermark die Gemeinderäte neu gewählt. Dazu brauchen wir Menschen, die in ihren Gemeinden mitreden und mitgestalten wollen. Die KPÖ in vielen Gemeinden kandidieren, in anderen werden noch Kandidatinnen und Kandidaten gesucht.

Wofür steht die KPÖ?

Leistbares Wohnen, Löhne, von denen man gut leben kann, günstige und gut funktionierende öffentliche Verkehrsmittel, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, Sozialleistungen für alle, die sie brauchen, Klima- und Tierschutz sind für uns wichtige Themen, die auch immer wieder auf Gemeindeebene eine Rolle spielen. Abgesehen davon gibt es in jeder Gemeinde „hausgemachte“ Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen.

In der Gemeindepolitik der KPÖ geht es vor allem darum, Probleme, die die Menschen an uns herantragen und Probleme des alltäglichen Lebens aufzugreifen und in den Gemeinderat zu tragen. So können Lösungen gefunden werden.

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen: Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer



Eine gesicherte Daseinsvorsorge: Wasserversorgung, Kanal, Energie, Bestattung und vieles mehr gehört zu den grundlegenden Aufgaben einer Gemeinde. Die KPÖ wendet sich gegen jeden Verkauf von Gemeindeeigentum.

Traum sein. Dafür kämpfen wir. Nicht Anpassung an das System, sondern Widerstand dagegen ist dringend geboten!

Wenn du Interesse hast, dich näher damit auseinanderzusetzen und vielleicht Lust bekom-

men hast, aktiv zu werden, dann melde dich bei uns!

**E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at,
Tel 0699/1253 49 65.**

**Voitsberg Di., 14 bis 17 Uhr:
03142/22 4 21, Sabine Wagner.**

Zwei große Erfolge für Hilde Tragler und den GLB

Ein sensationelles Ergebnis list Hilde Tragler und ihrem Team im Grazer Puchwerk gelungen! Dort gewinnt der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) mit Spitzenkandidatin Hilde Tragler, die auch KPÖ-Gemeinderätin in Voitsberg ist, drei Mandate dazu und hält jetzt fünf Mandate im Betriebsrat von Magna, dem größten Grazer Industriebetrieb. Das ist ein Plus von 883 Stimmen, mit 18,5 Prozent (+8,6%) ist der GLB nun zweitstärkste Fraktion im Arbeiterbetriebsrat.

„In Zeiten von steigendem Leistungsdruck ist der GLB eine

wichtige Kraft, die bedingungslos auf der Seite der Beschäftigten steht“, erklärt Hilde Tragler den großen Zugewinn – „besonders auch für die Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen wird sich der GLB einsetzen. Es ist wichtig, dass auch sie eine Stimme haben“.

Auch bei der steirischen AK-Wahl hat die Liste GLB-KPÖ ein zusätzliches Mandat gewonnen. Für die von AK-Rat Kurt Luttenberger angeführte Liste ist es das beste Wahlergebnis seit 1964. Das Ergebnis zeigt, dass konsequente Arbeit für die arbeitenden Menschen wichtig ist.



Zentralverband der Pensionisten in Voitsberg

Aktiv im Alter

Vereinsamung und körperliche Unbeweglichkeit sind Schicksale, von denen ältere Menschen oft bedroht sind. Das beste Rezept dagegen sind soziale, körperliche und geistige Aktivitäten im Kreise von Gleichgesinnten, denn wer sagt eigentlich, dass ältere Menschen immer nur zu Hause sein müssen?

Wir freuen uns sehr, dass es in der Weststeiermark ab sofort wieder einen Verband für Pensionistinnen und Pensionisten gibt, der viele Aktivitäten anbietet.

Obmann Joe Midl und Schriftführerin Erna Pressler haben bereits Ausflüge organisiert, einmal ging es zum Weingut Schmörlzer nach St. Andrä-Höch im Sausal, einmal zu „Bruxis Heurigen“. Es werden künftig regelmäßig Treffen im Hildegrad-Burger-Haus, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 29, Voitsberg angeboten.

Wer gerne mitmachen möchte kann sich unter Tel. 03142/22 4 21 (KPÖ Weststeiermark) bei Sabine Wagner melden.



AUS DEM GEMEINDERAT

DEUTSCHLANDSBERG: Deutschlandberg bekommt neue Angebote für Jugendliche

Deutschlandsberg bekommt ein Jugendkonzept. Der Gemeinderat fasste im März dieses Jahres den Grundsatzbeschluss in dieser Frage. Die erste Initiative dafür ist von KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss ausgegangen. Nach intensiver Arbeit im zuständigen Fachausschuss ist es gemeinsam mit allen Fraktionen gelungen, den Fahrplan und den Rohentwurf für das neue Konzept festzulegen. Die fachliche Betreuung dazu erfolgt unter anderem durch Streetwork Deutschlandberg und den Dachverband für offene Jugendarbeit Steiermark.

„Nachdem es in den letzten Jahren immer weniger Angebote für Jugendliche in unserer

Stadt gab, ist das ein erfreulicher Schritt, um Deutschlandsberg noch lebenswerter zu gestalten“, so Gemeinderat Weiss dazu: „Jetzt kommt endliche Bewegung in diese wichtige Sache. Ich freue mich, dass hier alle Fraktionen im Gemeinderat an einem Strang ziehen.“

Walter Weiss
KPÖ-Gemeinderat in
Deutschlandsberg



KPÖ half 46 Familien im Bezirk Voitsberg

Claudia Klimt-Weithaler zog Bilanz über den KPÖ-Sozialfonds

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler stellt den Großteil ihres Einkommens für Hilfeleistungen für in Not geratene Menschen zur Verfügung. Seit 2006 bietet die KPÖ in der Weststeiermark Beratung und Unterstützung an. LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und

Sozialarbeiterin Karin Gruber führen regelmäßig Sprechstunden durch.

Im Jahr 2018 wurden in den Bezirken Deutschlandsberg und Voitsberg 46 namentlich erfasste Familien bzw. Personen mit 6.949,70 Euro unterstützt. Im Detail:

| Verwendungszweck | Betrag | Unterstützte |
|--|---------|--------------|
| Unterstützung Lebensbedarf, Gesundheit | € 3.650 | 24 |
| Mietzinszahlungen (Verhinderung von Delogierungen) | € 900 | 6 |
| Strom- und Heizkosten | € 600 | 4 |
| Reparaturen Haushaltsgeräte, Boiler etc. | € 150 | 1 |
| Kauttionen, Mietvertragsgebühren | € 1.650 | 11 |
| Gesamt für Sozialunterstützungen | € 6.950 | 46 |

In Summe wurden seit 1998 von den Mandatären der KPÖ insgesamt 2.126.558 Euro an 16.386 Familien und Personen ausbezahlt.



Tag der offenen Konten in Voitsberg: v.l.n.r.: Claudia Klimt-Weithaler, Sabine Wagner, Walter Weiss, Hilde Tragler, Romana Dorner.

DEUTSCHLANDSBERG: Walter Weiss half 17 Mal

In Deutschlandsberg gibt es seit 2015 regelmäßig Sprechstunden mit KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss. Die KPÖ bietet Beratung und Unterstützung an. Im Jahr 2018 wurden in Deutsch-

landsberg 17 Personen mit 3.216 Euro unterstützt. Am häufigsten waren die hohen Wohnkosten ein Problem, aber auch hohe Gesundheitsausgaben stellen Menschen immer wieder vor Probleme.

AUS DEM GEMEINDERAT

VOITSBERG

Teures Wasser: KPÖ übergab Unterschriften

Die Erhöhung der Wassergebühren in Voitsberg bewegt die Gemüter. Seit 1. Jänner 2018 müssen die Haushalte deutlich mehr für das Wasser zahlen, manche doppelt so viel wie vorher. Die KPÖ machte dagegen mobil und sammelte 570 Unterschriften. Am 17. Dezember wurden sie im Rahmen der Gemeinderats-sitzung an Bürgermeister Ernst Meixner (SPÖ) übergeben. Der Verteuerung vorangegangen war der Verkauf von 49 Prozent der Stadtwerke Voitsberg. Umstritten ist das neue Tarifmodell auch deswegen, weil es jene bestraft, die sparsam sind und weniger Wasser verbrauchen.

„Die neue Wassergebührenordnung brachte die Umstellung auf ein zweistufiges Gebührenmodell“, erklärt KPÖ-Gemeinderätin Hilde Tragler. „Je nach Verbrauch müssen manche Haushalte fast doppelt so viel für Wasser und Kanal bezahlen wie vorher.“ Aus diesem Grund stimmte die KPÖ im Gemeinderat gegen die Gebührenerhöhung. SPÖ, Grüne und Bürgerliste haben sie durchgedrückt.

„Bürgermeister Meixner hat uns versprochen, die Unterschriften nicht einfach in einer Schulblende verschwinden zu lassen, berichtete Tragler, allerdings ist bis heute nichts passiert! Wir werden jedenfalls nicht lockerlassen,

denn in Zeiten wie diesen kann es nicht sein, dass jene bestraft werden, die Wasser sparen“, betont Tragler.

Die KPÖ Weststeiermark bedankt sich bei allen, die uns mit ihrer Unterschrift bei der Forde-

Hilde Tragler
KPÖ-Gemeinderätin in Voitsberg



rung nach Senkung der Wassergebühren unterstützt haben.



Seit 1.1.2018 sind die Wassergebühren in der Stadt Voitsberg deutlich höher.



Klein, aber mit Biss

Haben Sie ein Anliegen? Brauchen Sie Hilfe oder Beratung?

So erreichen Sie die KPÖ Weststeiermark

Unser Büro ist jeden Dienstag von 14 bis 17 Uhr besetzt.

Sie erreichen uns im Hildegard-Burger-Haus,
Conrad-von-Hötzendorfstraße 29, Voitsberg.

Tel. 03142/22 4 21

E-Mail: sabine.wagner@kpoe-steiermark.at

Für Sie im Gemeinderat:

Deutschlandsberg: Walter Weiss, Tel. 0681/107 833 46

Voitsberg: Hilde Tragler, Tel.: 0650/257 34 42

Für Sie im Landtag Steiermark:

Claudia Klimt-Weithaler, Tel. 0676/8666 5106

Termin vormerken: Herbstfest der KPÖ Weststeiermark

Die KPÖ Weststeiermark veranstaltet heuer wieder ihr
traditionelles Herbstfest im Hildegard-Burger-Haus
(C.v-Hötzendorf-Str. 29, Voitsberg).

Samstag, 14. September 2019

Für Musik, Essen, Getränke und Kinderbetreuung ist gesorgt.

Beginn: 15 Uhr

Wir freuen uns auf Dein Kommen!



Stammtisch in Deutschlandsberg

Seit dem Jahr 2006 ist die KPÖ in der Weststeiermark wieder verstärkt aktiv. Wir halten Sozialsprechstunden ab, machen Infostände zu bestimmten Themen und organisieren Veranstaltungen. 2015 ist es uns gelungen, in fünf weststeirischen Gemeinden für die Gemeinderatswahl zu kandidieren, in drei davon sind wir in den Gemeinderat eingezogen.

Für unsere politische Arbeit ist es uns wichtig, dass wir Themen aufgreifen, die die Leute bewegen. Es ist uns kein Problem „zu klein“ und wir wollen jenen eine Stimme geben, die sonst nicht gehört werden. Deshalb laden wir die Bevölkerung regelmäßig zu Stammtischen ein, denn es interessiert uns, wo der Schuh drückt und was den Bezirk lebenswerter macht.

Darüber diskutierten Ende Februar KPÖ-Gemeinderat Walter Weiss und KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler mit den Gästen im „Theresas“ in Deutschlandsberg und konnten sich viele Anregungen für ihre Arbeit im Gemeinderat und im Landtag mitnehmen.

Wie krank ist unser Gesundheitssystem?

„Lieber reich und gesund als arm und krank“, sagt der Volksmund. Er bringt damit das grundlegende Problem unseres Gesundheitswesens auf den Punkt: Wer es sich leisten kann, eine Zusatzversicherung oder einen Wahlarzt zu bezahlen, hat eine hervorragende medizinische Versorgung, während Normalversicherte oft Monate auf einen Operationstermin oder eine Untersuchung bei der Fachärztin warten müssen.

Die KPÖ hat das Gesundheitswesen unter die Lupe genommen, eine Broschüre dazu erstellt. In der ganzen Steiermark werden diese Ideen und Vorschläge mit Experten und Expertinnen, aber vor allem mit der Bevölkerung diskutiert.

Im Februar fand dazu in Voitsberg eine gut besuchte Veranstaltung statt. Dr. Otto Feil, Allgemeinmediziner in Bärnbach, Mag. Robert Krotzer, Gesundheitsstadtrat in Graz und KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler diskutierten unter der Leitung von Gesundheitsreferent MA BSc Christopher Fröch über die aktuellen und geplanten Änderungen wie

das neue Gesundheitstelefon, den Ärztbereitschaftsdienst und die Gesundheitszentren. Dabei stand die Situation in der Weststeiermark im Mittelpunkt.

Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist *Gesundheit* „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder gebrechen.“ In diesem Sinne waren sich sowohl Publikum als auch Podium einig: Die Medizin muss den Menschen und sein gesamtes Umfeld betrachten. Deshalb ist Gesundheitspolitik auch gleichzeitig Umweltpolitik, Sozialpolitik und der Kampf für eine menschengerechte Arbeitswelt.



Kurzfassung des Gesundheitsprogramms der KPÖ Steiermark

Die Gesundheitsbroschüre kann man über den KPÖ Landtagsklub unter 0316/877 5104 beziehen bzw. auf unserer Website downloaden:
<https://tinyurl.com/y4b8yj86>



V.l.n.r.: Klimt-Weithaler, Krotzer, Feil, Fröch.

Versicherung für pflegende Angehörige

Eine wenig bekannte Tatsache ist, dass sich pflegende Angehörige versichern können. Wer einen Angehörigen ab Pflegestufe 3 betreut kann sich pensionsrechtlich absichern.

Seit 2009 gibt es die Möglichkeit einer kostenlosen Selbstversicherung um Pensionsansprüche zu erwerben bzw. aufzustocken. Voraussetzung dafür ist eine Pflegestufe 3 und ein

Nachweis dafür dass man mindestens 14 Stunden pro Woche mit pflegenden Tätigkeiten beschäftigt ist. Dazu zählen Reinigung, Kochen, Arztbesuche, Einkaufen und Ähnliches.

Der Bund bezahlt die Pensionsbeiträge für ein Monatseinkommen von 1.864 Euro brutto, auch zusätzlich zu einem anderen Einkommen.

Das Verwandtschaftsverhältnis ist weit gefasst, Lebenspartner, Kinder, Schwiegerkinder und Enkelkinder sind anspruchsberechtig.

Anträge müssen bei der PVA gestellt werden.

Nur 4,7 % der Anspruchsberechtigten sind über dieses sinnvolle Angebot versichert, der

Staat hat kein Interesse, dass die Menschen über ihre Ansprüche Bescheid wissen. Daher möchten wir Sie über diese Möglichkeit informieren.



www.tierheim-franziskus.at

Tel. 0680 20 66 057

Konto: 5614318000
BLZ: 44810

www.tierheim-franziskus.at
8582 Rosental a.d. Kainach, Franziskusweg 1

Wenn nur Profite zählen, bleiben Mensch und Umwelt auf der Strecke



Die Proteste gegen die Auswirkungen von Umweltzerstörung und die Verschwendung von Ressourcen auf Umwelt, Klima und Gesellschaft haben am 28. Mai den Landtag Steiermark erreicht. Eine Gruppe junger Menschen protestierte gegen die Untätigkeit der Landesregierung.

Auch im Landtag wurde über die Anliegen der Aktivistinnen und Aktivisten von „Fridays For Future“ beraten, die sich dafür einsetzen, dem Klimaschutz höchste Priorität einzuräumen und den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich zu verringern. Grüne und KPÖ brachten dazu einen Antrag ein, der aber an der Ablehnung von SPÖ, ÖVP und FPÖ scheiterte.

Um wirksame Maßnahmen zu setzen, sollte das Land Gesetze künftig auf ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit überprüfen und Regelungen so anpassen, dass sie die Ursachen der Klimakrise und deren Folgen abschwächen. Besonders in den Bereichen der Raumordnung, Raumplanung, Verkehrsplanung gibt es viele Möglichkeiten. SPÖ

und ÖVP wollten sich diesen Forderungen nicht anschließen und beschlossen stattdessen den zahnlosen Antrag, einen Unterausschuss einzurichten.

Dass sich der „Fridays For Future“-Bewegung so viele Menschen angeschlossen haben, zeigt, dass es viele – nicht nur – junge Menschen nicht mehr hinnehmen, um ihre Zukunft betrogen

zu werden. *„Der Klimawandel richtet sich nicht nach dem Tempo politischer Entscheidungsfindungen in Parlamenten und Regierungen. Er hat inzwischen eine Dynamik erreicht, die jedes weitere Zuwarten bestrafen wird“*, betonte die KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Auch wenn es viele gerne ausblenden: Die Klimakrise hat

mit dem Kapitalismus zu tun. Der Freihandel und die zunehmende Militarisierung sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems:

- Wirtschaftswachstum und Überproduktion zerstören die Umwelt.
- Aufrüstung gefährdet auch Menschenleben.
- Produktionsstätten werden in Billiglohnländer verlagert, um die Profite zu erhöhen.

Die globale Konkurrenzfähigkeit wird vorgeschoben, um auf Kosten von Menschen und Umwelt immer zerstörerische Formen der Produktion durchzusetzen.

KPÖ-Initiative in der Gemeinde: Konkrete Maßnahmen sind gefragt!

Die Erderwärmung ist nicht nur eine Krise der Umwelt. Sie ist eine Wirtschafts-, Sicherheits-, Menschenrechts-, Artenschutz- und Friedenskrise. In Mürrzuslag und Deutschlandsberg wurden Anträge der KPÖ von den Gemeinderäten beschlossen, in denen konkrete Maßnahmen in den Gemeinden eingefordert werden.

In Österreich gab es in den Jahren 2013, 2015 und 2017 mehr Hitzetote als Verkehrstote. Die vergangenen vier Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Messgeschichte. Konkretes Handeln jeder einzelnen Person ist wichtig.

Es braucht auf allen politischen Ebenen wirksame Maßnahmen, um dieser bereits beginnenden Katastrophe entgegenzuwirken.

Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung zu begrenzen. Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Landtagsabgeordnete: *„In den Gemeinden kann viel für den Klimaschutz getan werden, etwa beim Verkehr, beim Schutz von Grünflächen oder bei der öffentlichen Infrastruktur. Deshalb fordern wir konkrete Maßnahmen ein, keine Symbolpolitik und schöne Worte helfen nicht weiter!“*

**MIETEN
RUNTER
LÖHNE
RAUF**

Weil WIR etwas ändern können! **KPÖ**

Grazer Altstadt vor Zerstörung retten

Absichtliches Verfallenlassen geschützter Gebäude verhindern

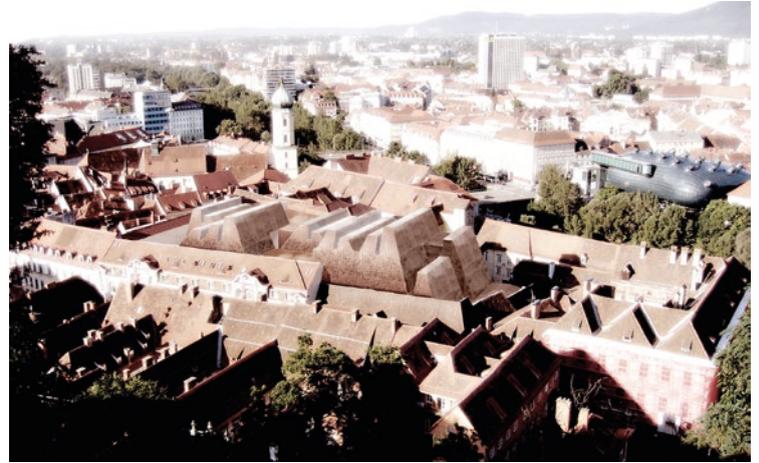
Ein Gummiparagraf im Grazer Altstadterhaltungsgesetz ermöglicht es Spekulanten, schutzwürdige Gebäude abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen. Denn Gebäude müssen nur erhalten werden, wenn es „wirtschaftlich zumutbar“ ist. In vielen Fällen wurden historische Gebäude absichtlich dem Verfall preisgegeben, um eine „wirtschaftliche Unzumutbarkeit“ herzustellen.

Das kritisiert auch der Altstadtanwalt in seinem aktuellen Bericht und empfiehlt konkrete Gegenmaßnahmen. Die KPÖ, die sich immer um Schutz und Erhaltung der Grazer Altstadt starkgemacht hat, forderte im Landtag die Umsetzung dieser Empfehlungen.

Eine einfache Ergänzung im Altstadtschutzgesetz würde die oft praktizierte Vorgangsweise unmöglich machen: „Schadenskosten, die durch zumindest fahrlässige Unterlassung der Erhaltungspflicht entstanden sind, dürfen der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit nicht zugerechnet werden.

Die Erteilung einer Abbruchbewilligung wegen wirtschaftlicher Unzumutbarkeit darf erst zehn Jahre nach dem letzten Erwerb der Liegenschaft samt Bauwerk erteilt werden.“

Ein weiterer Kritikpunkt des Tätigkeitsberichts betrifft Haustechnikanlagen (Klimageräte, Belüftungs- und Abluftanlagen), die in zunehmendem Maß im Nachhinein und bewilligungslos auf Fassaden und Dächern montiert werden, ohne auf das Erscheinungsbild Rücksicht zu nehmen. Möglich ist dieser Missstand, weil die genannten Geräte



im Gesetz nicht genannt werden. Eine einfache Ergänzung würde also Abhilfe schaffen.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler forderte, die vom Altstadtanwalt genannten Ergänzungen in das Gesetz aufzunehmen, um weitere Zerstörungen historischer Bausubstanz zu Zwecken der Profitmaximierung zu unterbinden. „Es ist

mit dem bestehenden Gesetz viel zu einfach, den Altstadtschutz auszuhebeln. Wer geschützte Gebäude absichtlich verfallen lässt, darf nicht auch noch mit einem Abrissbescheid belohnt werden. Die Zehn-Jahres-Frist würde verhindern, dass kurzfristige Spekulationsgeschäfte den Bestand der Grazer Altstadt gefährden“, so Klimt-Weithaler.

Selbstschutz statt Militärpolitik

Für Katastrophenschutz statt Prestigeprojekte

Umweltkatastrophen wie schwere Stürme, Überschwemmungen oder Waldbrände treten durch den Klimawandel häufiger auf. In solchen Situationen ist die Unterstützung der Pioniere des Bundesheeres oft unverzichtbar. Für die Steiermark wäre eine neue Pionierkompanie geplant gewesen.

Das Projekt wurde auf Eis gelegt. Es gibt kein Geld dafür. In den letzten Jahren wurden beim Bundesheer vor allem Prestigeprojekte gestartet ohne nachzudenken woher das Geld dafür kommen soll. Leistungsshows am Heldenplatz, gefährliche und neutralitätswidrige Auslandseinsätze wie in Mali, Tschad oder Afghanistan und eine „Sicherheitsschule“ sind Beispiele dafür. Im Herbst soll auch wieder die in Verruf geratene Flugschau in Zeltweg stattfinden.

Der neue Verteidigungsmi-

nister Thomas Starlinger wollte einige dieser Projekte einsparen. Im Falle von Airpower und „Sicherheitsschule“ konnte er sich nicht durchsetzen. Die so wichtige Pionierkompanie wird es aber wegen Geldmangel nicht geben.

Red Bull Airpower

Die KPÖ versteht diese Prioritätensetzung nicht. Wir meinen das Bundesheer muss seinen Auftrag zum Schutz der Bevölkerung wahrnehmen und sollte keine Groß-Events wie die Airpower finanzieren, die vor allem Werbung für die Rüstungsindustrie sind.



Foto: Bundesheer/Rudolf Pozenel

Statt einer Pionierkompanie mit praktischen Nutzen gibts mit der Airpower ein in Verruf geratenes Show-Event.

In Zeiten des Klimawandes ist eine solche Veranstaltung, bei der hunderttausende Liter an Treibstoffen verbrannt werden, wie ein

Schlag ins Gesicht für alle, die sich Sorgen um unsere Umwelt und die Zukunft der Menschheit machen.

SATIRISCHE PETITION AN DEN LANDTAG:

Neue Landeshauptstadt für die Steiermark?

Ein Rottenmann Bürger hat in einer Petition an den Landtag die Verlegung der Landeshauptstadt, des Sitzes der Landesregierung, des Landtags und des Landesverwaltungsgerichts von Graz nach St. Michael in Obersteiermark gefordert.

Eine Initiative mit satirischem Wert, die aufzeigt, wie stiefmütterlich die ländlichen Regionen in der Steiermark behandelt werden und wie Politiker ihre Argumentation um 180 Grad wenden, wenns ihnen passt.

Begründung

Wie die Landesregierung im Zug der Erarbeitung des Regionalen Strukturplans Gesundheit Steiermark zu Recht erkannt hat, soll eine moderne Gesundheitsversorgung unter der Prämisse „*Mehr Nähe. Bessere Qualität. Mehr Beteiligung*“ stehen. Dieses Motto soll nicht nur für Bezirksspitäler, sondern umso mehr für die zentralen Landesstellen gelten, die derzeit ausnahmslos in der Stadt Graz konzentriert sind.

Graz war seit 1379 Residenzstadt der Habsburger für die Länder Steiermark, Kärnten, Krain und Istrien, später noch weiterer Gebiete. Seit dem Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye (1919) ist diese Funktion auf das Gebiet des Bundeslandes Steiermark reduziert, in dessen südlicher Randlage Graz liegt. Die Verlegung der Landeshauptstadt in das Zentrum des Landes soll mit hundertjähriger Verspätung am 10. September 2019 erfolgen.

Die Stadt Graz würde durch die Entlastung von Landesstellen zudem insbesondere durch eine deutliche Verbesserung des Bevölkerungsdrucks, der untragbaren Verkehrssituation und der gesundheitsgefährdenden Luftgüte profitieren.

Die zentralen Stellen des Landes sind derzeit noch in unzeitgemäßen Gebäuden in der Grazer Altstadt untergebracht, die aus dem 15. Jahrhundert stammen. Eine Modernisierung wäre daher dringend angebracht.

Eine Landeshauptstadt für das dritte Jahrtausend muss wie-

der näher zu den Bürgerinnen und Bürgern rücken und auf einer modernen Infrastruktur aufgebaut sein. Diese Voraussetzungen erfüllt die Marktgemeinde Sankt Michael in Obersteiermark in hohem Maß.

Zentrale Lage

St. Michael liegt im Gegensatz zum etwas abgelegenen Graz näher an den wichtigsten steirischen Orten wie dem höchsten Berg des Landes, dem Dachstein (135 statt 185 km), der Night-Race-Stadt Schladming (120 statt 170 km), Bad Aussee, dem Mittelpunkt Österreichs (115 statt 160 km), dem einzigartigen Nationalpark Gesäuse (60 statt 110 km), dem steirischen Brotlaib Erzberg (30 statt 80 km), der Magna Mater Austriae Mariazell (115 statt

145 km), Mürrzuslag, dem Geburtsort des wichtigsten nationalen Volkssports Schifahren (65 statt 90 km), der zentralsteirischen Industrieagglomeration Leoben-Bruck/Mur-Kapfenberg (25 statt 55 km), dem kultisch verehrten Red-Bull-Ring bei Zeltweg (30 statt 80 km), dem politisch bedeutsamen Knittelfeld (20 statt 70 km) und der Brauereistadt Murau (80 statt 130 km). Die historische Landeshauptstadt Graz (50 km) liegt ebenso in der Nähe, wie die Lippizanerheimat Piber (65 statt 40 km), das vielbesungene Fürstenfeld (105 statt 55 km) oder der Weinort Gamlitz (95 statt 50 km). Sankt Michael liegt somit insgesamt näher an den wirtschaftlichen und touristischen sowie religiösen und identitätsstiftenden Zentren der Steiermark. Die künftige Metropole liegt zudem näher am Sitz des Erzbistums Salzburg, der Stahlstadt Linz, der Bundeshauptstadt Wien und selbst der EU-Zentrale Brüssel.

Schnittpunkt

St. Michael liegt am Schnittpunkt wichtiger Verkehrswege: der Ost-West und Nord-Südachse

der A9/S36 ebenso sowie der Südbahn/Pyhrnbahn. Die zentralsteirische Metropole liegt nahe mehreren ausbaufähigen Flugplätzen wie Zeltweg (LOXZ), Timmersdorf (LOGT) und Kapfenberg (LOGK). St. Michael verfügt bereits über eine Landwehr-Kaserne des Jägerbataillons 18 des Österreichischen Bundesheeres und demnächst auch einen Notarzt-Hubschrauberstützpunkt. Die Universitätsstadt Leoben und das Rinderzuchtzentrum Traboch liegen in unmittelbarer Nachbarschaft.

Drexstadt

Nachdem der Ortsname St. Michael in Österreich mehrfach vorkommt, wird zur Vermeidung von Verwechslungen eine Umbenennung der neuen Landeshauptstadt in Drexstadt vorgeschlagen. Damit würde Landesrat Magister Christopher Drexler, dem großen steirischen Verwaltungsinnovator, ein angemessenes und dauerhaftes Denkmal gesetzt.

Rottenmann, am 1.4.2019

Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Petitionswerbers.



St. Michael i.O. würde reichlich Platz für die neue Landeshauptstadt bieten, die Zusammenlegung die Effizienz der Landesverwaltung verbessern. Die Idee orientiert sich an den Plänen zur Spitalszusammenlegung im Bezirk Liezen.



Holz knechnocken

vulgo Topfen-Pancakes
Zubereitungsdauer:
15 Minuten

Zutaten:

1 Packung Topfen
1 Packung Vanillezucker
2 Prisen Salz
40g Feinkristallzucker
2 Eier
120g Mehl
Butterschmalz* zum Herausbacken, Himbeeren und Schlagobers nach Bedarf für die Garnitur

ZUBEREITUNG:

Topfen, Vanillezucker, Salz, Zucker, Eier und Mehl gut vermengen.

Butterschmalz in einer Pfanne erhitzen.

Beim Herd etwas zurückschalten, damit das Butterschmalz nicht allzu schnell allzu braun wird. Danach mit einem Löffel etwas Topfenmenge in die heiße Pfanne geben und flach drücken.

Topfenmasse wenden und herausbacken, bis sie goldbraun ist.

Die Schritte 3 und 4 solange wiederholen, bis die gesamte Masse herausgebacken ist.

Himbeeren pürieren und nach Bedarf mit Zucker süßen.

Schlagobers schlagen.

Die Pancakes mit Himbeermus und Schlagobers anrichten.

Das wohl-schmeckende und schnelle Dessert genießen!

* Kein Butterschmalz zur Hand? Das Herausbacken geht auch mit normaler Butter. Aber aufpassen! Die Butter darf nicht zu heiß werden.

Pensionen nicht von Finanz-Casino abhängig machen!

Erneut massive Einbußen bei privater und betrieblicher „Vorsorge“

Statt das öffentliche Pensions-system zu stärken, hat die Politik auf private Pensionsformen gesetzt, bei denen Banken und Versicherungskonzerne hohe Profite erzielen. Die Versicherten sind von massiven Einbußen betroffen. Manche erhalten weniger als ein Drittel des Betrags, der bei Vertragsabschluss in Aussicht gestellt wurde.

Versprochen wurden den rund 950.000 Betroffenen in Österreich oft märchenhafte Renditen. Online-Rechner vermittelten riesige Wertsteigerungen der eingezahlten Beiträge. Viele, die sich darauf verließen, erlebten eine herbe Enttäuschung: Aufgrund der Kursentwicklung an den Börsen waren die Beträge von Anfang an um 20 % niedriger als erwartet und sind seither noch weiter gesunken. Das Risiko wurde auf die Versicherten abgewälzt.

Trotzdem gibt es in der österreichischen Politik Kräfte, die unter dem Druck der Versicherungslobbys auf stärkere Abhängigkeit des Pensionssystems von privaten Versicherungen drängen. Die Versicherten tragen dabei das Risiko, während die Konzerne immer verdienen. Der aus der Versicherungsbranche kommende ehemalige ÖVP-Finanzminister Löger machte sich erst vor wenigen Wochen für einen Ausbau der privaten Pensionsversicherung stark.

Die KPÖ lehnt jede Verschlechterung des öffentlichen, umlagengedeckten Pensionssystems ab. Die aktuellen Kürzungen bei privat Versicherten sollten allen eine Warnung sein. „Die Menschen müssen sich nach einem langen Arbeitsleben auf ihre Pension verlassen können. Die Höhe von einem System abhängig zu machen, das an ein Casino erinnert, ist strikt abzulehnen“, betont KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.



Graz stockt Pflegegeld auf

Der Grazer KPÖStadtrat Robert Krotzer hat in der Stadt Graz ein Zuzahlungsmodell zum Pflegegeld eingeführt.

Das macht es für alte Menschen einfacher, in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. „Den Betroffenen bleibt die Mindestpension in Höhe von 885 Euro

zum Leben – unabhängig vom Betreuungsausmaß, das sie in Anspruch nehmen, die Gemeinde zahlt die Differenz“, so Krotzer: „Gerade bei sehr kleinen Pensionen kommt es auf jeden Euro an.“ Die KPÖ bemüht sich, das Modell auch in anderen steirischen Gemeinden durchzusetzen.

Veggie

Die steirische Land

In der Reihe FREItalk wurden im KPÖ-Bildungsverein am 26. April wichtige Zukunftsthemen unserer Gesellschaft diskutiert: Woher kommt unser Essen? Echt Bio, Gütesiegel, wie geht es den Bauern/Bäuerinnen, wenn sie Bio produzieren? Was trägt die EU dazu bei?

Am 26. April begrüßte KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler als Initiatorin der Veranstaltung viele interessierte Gäste im Bildungsverein der KPÖ in Graz. Die Diskussionsleitung übernahm **Leo Kühberger**.

Der Bio-Hühnerbauer **Peter Kerschbaumer** erzählte von seinem Hof in der Oststeiermark. Er kommt ursprünglich nicht von einem Bauernhof, musste alles erst erlernen. Am Anfang stand die Überzeugung: „Wir haben Verantwortung für unseren Boden und wollen als Familie gemeinsam klein strukturiert etwas aus unserem Hof machen.“ Noch vor kurzem war es unmöglich, von so wenig Grund zu leben. „Wir wollen gemeinsam etwas schaffen“, war das Motto Kerschbauers, der ohne Fördergelder auskommt. Die Entscheidung fiel auf die Hühnerzucht. „Lebensmittel sind wertvoll und wir können in unserer Konsumgesellschaft ein Umdenken erzeugen, beim Produzenten und beim Konsumenten.“

„Wir sind förderfrei aufgestellt, bei unserem kleinen Hof würden wir auch kaum etwas bekommen“, sagt Kerschbaumer. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind einfach zu niedrig,

day und Bauernsterben

wirtschaft zwischen EU-Richtlinien und Nahrungsmittelindustrie

um z.B. mit deutschen Billigproduzenten mithalten zu können. Man muss eine Nische finden, um überleben zu können.

Ök.-Rat **Franz Titschenbacher**, Präsident des steirischen Bauernbundes, bewirtschaftet mit seiner Familie in Irnding einen Hof. Er machte auf die Spannungsfelder aufmerksam, in dem sich die bäuerlichen und fortwirtschaftlichen Betriebe heute bewegen. Österreich und die Steiermark seien einen anderen Weg gegangen, viele können von der Landwirtschaft leben. „Ein ökosozialer Weg kann ein Ansatz für die Zukunft sein, um die soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen, ohne die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu vergessen, innerhalb derer wir uns bewegen“, griff Titschenbacher eine Überzeugung des ehemaligen ÖVP-Obmannes Josef Riegler auf.

Bauernsterben

Die Zahl der Höfe hat sich in den letzten Jahrzehnten halbiert. „Unsere Aufgabe als bäuerliche Interessensvertretung ist es, die Familienbetriebe zu begleiten und Wertschöpfung aus Produkten zu ermöglichen. Unsere Genossenschaften spielen dabei eine wichtige Rolle, aber auch die Ausbildung der Jugend und lebensbegleitendes Lernen. Wissenschaft und Forschung spielen beim Thema Klimawandel eine wesentliche Rolle. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, damit die Betriebe eine Zukunft haben.“

Bauern erbringen Leistungen, für die Ausgleichszahlungen legitim sind. Bis 1995 gab es ein völlig anderes Regelwerk, damals gab es starke Reglementierungen, sondern die Ausgleichszahlungen erfolgten über Verarbeitungsbetriebe. Mit dem EU-Beitritt wurde der freie Personen- und



Dipl.-Ing. Katharina Varadi-Dianat, Peter Kerschbaumer, Dr. Leo Kühberger, Bauernbund-Präsident Franz Titschenbacher

Warenverkehr eingeführt, das Produkt kann seither nicht mehr direkt gefördert werden, dafür aber die Betriebe. Erschwerte Bedingungen werden dabei besonders berücksichtigt, ebenso Leistungen zum Schutz der Umwelt. Mehr als 90 Prozent der Flächen in Österreich fallen darunter.

In der anschließenden Diskussion wurde die Meinung vertreten, dass das alte Fördersystem besser gewesen sei als jenes der EU.

Landschaftspflege

Katharina Varadi-Dianat ist Obfrau der ARGE Streuobst und Gemeinderätin der KPÖ in Trofaiach. Die ARGE Streuobst ist eine NGO, die sich für die Erhaltung der Obstsortenvielfalt einsetzt und den hochstämmigen Obstbau, also ohne Netze wie in der Ost- und Südsteiermark, fördert. Die Streuobstwiese ist nicht nur ein Wohlfühlfaktor für die Menschen und gleichzeitig Landschaftspflege, sie bietet auch zahlreichen Arten eine Heimat. Allerdings: „Für einen Kilo Äpfel bekommen wir 6 Cent. Von einem Baum ernten wir 150 Kilo, also etwa 6 Euro pro Baum, manchmal auch nur drei Euro. Das deckt oft nicht einmal die Transportkosten“, sprach Dianat

die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an.

In der Steiermark konnte das Bauernsterben relativ gering gehalten werden. „Wir sind ein Berggebiet, dadurch sind die Förderungen höher. Viele Betriebe werden durch unbezahlte Arbeit innerhalb der Familie querfinanziert. Ich liebe meinen Beruf, aber wir Bäuerinnen und Bauern können oft nur von EU-Förderungen leben. Dadurch sind wir aber auch umfangreichen bürokratischen Regeln unterworfen“, so Dianat, die auch Hühner und Schafe hält. Gefördert werden unter anderem die Flächen, die Erhaltung alter Haustierrassen, erosionsschützende Maßnahmen. Je größer der Betrieb, desto mehr Förderungen gibt es. „Ich bekomme 8.000 Euro Förderung, das sind 85 % des Einkommens

aus meiner Landwirtschaft. Davon kann man nicht leben!“

Fläche wird gefördert

Wenn Fläche gefördert wird, führt das zu größeren Betrieben. Die Steiermark ist noch eine „Insel der Seligen“, aber langfristig werden auch bei uns immer weniger Betriebe immer größere Flächen bewirtschaften. „Als Konsumentin ärgere ich mich, wenn mir die Verantwortung umgehängt wird. Nicht jeder kann sich die Entscheidung, teurere Bio-Produkte zu nehmen, leisten.“

Es ist nicht Aufgabe der Bauern und auch nicht der Konsumenten, die Preise zu stützen. Es ist Aufgabe der Politik, dass die Betriebe leben können und die Menschen sich die Produkte leisten können.



Gottfried Eicher: Geboren ohne Papiere

Kein Mensch hat mir geholfen

Als Kind misshandelt und missbraucht, hat Gottfried Eicher sein Leben unter widrigen Umständen gemeistert. Der Oststeirer hat der Steirischen Volksstimme seine Lebensgeschichte erzählt.

Am 25. Juni 1941 kam Gottfried Eicher in der Oststeiermark als uneheliches Kind zur Welt. Der Ehemann seiner Mutter wurde in die Wehrmacht eingezogen. Als unerwünschtes Kind kommt Gottfried deshalb bald ins Gemeindearmenhaus und wird von einer Pflegemutter betreut. „Dort war es nicht schlimm“, erinnert sich Herr Eicher an seine früheste Kindheit.

Seine leibliche Mutter arbeitete nur 400 Meter entfernt als Magd auf einem Bauernhof. Aus Neugier schlich sich der siebenjährige Gottfried einmal dorthin, wurde aber vom Mann der Mutter erwischt, blutig geschlagen und verjagt. Das kann Herr Eicher bis heute, er ist 78 Jahre alt, nicht vergessen.

Im Alter von neun Jahren kommt der kleine Gottfried zu einem Bauern als Pflegekind. Das bedeutet damals Gewalt und Ausbeutung. Er muss harte Arbeiten verrichten und wird nicht besser behandelt als das Vieh. Er wird regelmäßig verprügelt, muss Verdorbene Lebensmittel essen und lebt fünf Jahre in einer Scheune, auch im Winter. Er ist nicht mehr als eine kostenlose Arbeitskraft und wird vom Bauern willkürlich verprügelt, oft blutig. „Kein Mensch hat mir geholfen“, sagt Herr Eicher.

Ein Bruder

Offiziell existiert Gottfried Eicher zu diesem Zeitpunkt nicht. Außer im Taufregister der

Kirche wird es von keiner Stelle geführt.

Dass seine Mutter nach dem Krieg noch ein weiteres außer-eheliches Kind zur Welt bringt, weiß Gottfried zu diesem Zeitpunkt nicht. Dem jüngeren Bruder ergeht es ähnlich, er wird als Kind so brutal misshandelt, dass er sein Gehör verliert. Später fand aber Zuflucht bei einem weststeirischen Bauern, der dem Buben zu einem menschenwürdigen Leben verhalf. Nach 70 Jahren haben sich die Brüder kennengelernt und haben nun regelmäßigen Kontakt.

Missbraucht

In der Schule ergeht es Gottfried nicht besser als am Hof. Der Kaplan stellt ihn oft bloß, schlägt den Buben vor der Klasse und missbraucht ihn regelmäßig sexuell. Als Eicher später bei hohen Würdenträgern über das Unrecht sprechen will, das ihm als Kind widerfahren ist, wird er herablassend behandelt. Später kommt es zu einer Entschuldigung, er erhält auch eine Entschädigung von der Kirche. Ein gläubiger Mensch ist Gottfried Eicher trotzdem immer geblieben.

Ein Gendarm hilft

Die ständige Gewalt ist so traumatisierend, dass Gottfried mit 12 die Schule verlässt. Kein Amt, keine Behörde stellt Fragen. Das Kind existiert gar nicht, und so fühlt sich auch niemand verantwortlich. Mit 17 will er sich das Leben zu nehmen. Ein Gendarm, der ihn erwischt, redet ihm zu, sein Leben nicht wegzuworfen, und gibt ihm eine Adresse in Graz: Das erst seit kurzem existierende Österreichische Bundesheer. Gottfried Eicher meldet sich freiwillig und reist ohne Besitz zum Grundwehrdienst nach Klagenfurt – mit Unterstützung des Gendarmeriebeamten. In der Kaserne ist vieles für ihn neu: saubere Kleidung, regelmäßige



Herr Eicher hat seinen Humor nicht verloren, obwohl er unter schrecklichen Umständen aufwachsen musste.

Mahlzeiten – „und ich war zum ersten Mal auf einem WC, vorher habe ich nur das Plumpsklo gekannt“, erinnert sich Eicher.

Nach dem Abrüsten bekommt er Geld ausbezahlt – es ist das erste Mal in seinem Leben, dass er über eigenes Geld verfügt. Als junger, kräftiger Mann sucht er Arbeit und kommt zu einer Grazer Baufirma. Er ist wissbegierig und möchte die Schule nachholen, was ohne Dokumente schwierig ist. Einen Reisepass erhält er mit Hilfe seines Wehrdienstbuches. Den Pass benötigt er, weil er gehört hat, dass in Deutschland Gastarbeiter gesucht werden. In Karlsruhe lernt er eine völlig neue Welt kennen: „Ich habe gelernt, für mich selbst zu kochen und die Wäsche zu waschen, habe den LKW-Schein gemacht und die unterschiedlichsten Arbeiten angenommen“, erzählt Gottfried Eicher. Bis 1972 bleibt er in Deutschland, er ist inzwischen 29.

Hochzeit mit Rosa

Auf einem Heimatbesuch im Jahr 1965 lernte er „zufällig“, wie er sagt, seine Ehefrau Rosa ken-

nen. Bei der Hochzeit bald darauf trifft er wieder auf den ehemaligen Kaplan, der ihn in der Schule missbraucht hat. Zum Glück kein schlechtes Omen, denn Gottfried und Rosa sind seit 51 Jahren glücklich verheiratet, haben vier Kinder und inzwischen sechs Enkelkinder.

Besondere Gabe

Während der letzten Jahre in Deutschland baut Gottfried Eicher in der Oststeiermark ein Haus. Er ist vielseitig, kann fast alles selbst machen, auch den 41 Meter tiefen Brunnenschacht hebt er selber aus. Das war auch der Beginn seiner Laufbahn als Wünschelrutengeher, als der er weit über seine Heimatgemeinde hinaus bekannt ist. Eicher konnte mit seinen besonderen Gaben vielen Menschen helfen, zuhause hat er ganze Ordner voller Dankesbriefe, die er stolz herzeigt.

Als das Haus fertig war, erfolgte 1972 der Umzug in die Heimat. Zuerst fand er bei einer Glaserei in Graz Arbeit, später als Gemeindearbeiter in seiner Heimatgemeinde Ludersdorf. Nach seiner Pensionierung hat

er aufgeschrieben, was ihn seit seiner Kindheit belastet. Sieben Bücher hat er mittlerweile herausgegeben, nebenbei auch eine umfangreiche Witzesammlung. Den Humor hat er nämlich trotz seiner unglücklichen Kindheit nicht verloren. Gottfried Eicher: „Ich habe mein Leben gemisshandelt, viele andere Opfer von Misshandlung und Missbrauch aber nicht. Sie können mit dem Erlebten nicht fertig werden.“

Gottfried Eicher hat sich wegen der Misshandlungen, die er als junger Mensch erlitten hat, an die Kommission der ehemaligen Landeshauptfrau Waltraud Klasnic gewendet. 2016 wurde ihm zusammen mit anderen Betroffenen im Rahmen eines Staatsaktes im Nationalrat eine Entschädigung zugesagt. Schließlich haben die staatlichen Behörden eine Mitschuld. Kurz vor Weihnachten 2018 hat er eine Entschädigung bekommen – und ein Entschuldigungsschreiben.

Opfer-Kommission

Das Land Steiermark richtete 2011 eine Kommission ein, die sich um Opfer von Missbrauch in staatlichen Einrichtungen kümmerte, aber schon 2013 eingestellt wurde. Zu früh – denn viele Opfer wurden erst durch die Medienberichte ermutigt, sich zu melden, nachdem sie jahrzehntelang geschwiegen haben. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler kämpfte dafür, dass diese Stelle wieder eingerichtet wird: „Das ist eine wichtige Geste gegenüber allen Menschen, die in öffentlicher Obhut misshandelt wurden und dabei mit Erlebnissen zurechtkommen müssen, die nie wieder gutzumachen sind.“ Doch nach Bekanntwerden weiterer Fälle gab die Landesregierung nach und richtete – derzeit unbefristet – wieder eine Anlaufstelle ein.

Wer als Kind oder Jugendlicher Heim- oder Pflegekind war und in dieser Zeit Misshandlungen erleiden musste, kann sich an das Gewaltschutzzentrum in der Grazer Granatengasse 4 richten. Kontakt: Tel. 0316/77 41 99.

Ausstellung: „Streiflichter. Geschichten von Kommunistinnen in der Steiermark“

Anlässlich des Internationalen Frauentags eröffnete die KPÖ Weststeiermark die Ausstellung „Streiflichter. Geschichten von Kommunistinnen in der Steiermark“ in Voitsberg.

Die Kuratorinnen Doris Berger und Riki Erwa-Winter waren anwesend und konnten dem interessierten Publikum viele Fragen zu den Frauen, die die Ausstellung behandelt, beantworten.

Anhand beispielhafter Biografien ruft die Ausstellung den Mut und die Entschlossenheit dieser Frauen in Erinnerung. Sie riskierten ihr Leben im Kampf gegen die Deutschen und den Nationalsozialismus. Im Mittelpunkt der Eröffnung stand Hildegard Burger, eine Widerstandskämpferin, die in der Roten Hilfe aktiv war. Sie



baute die KPÖ in Voitsberg mit auf. Die Gestapo verhaftete sie im Sommer 1941. Zwei Jahre später wurde sie wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ hingerichtet. Nach ihr wurden das Haus der KPÖ Weststeiermark in der Conrad-von-Hötzendorfstraße in Voitsberg in „Hildegard-Burger-Haus“ benannt.

Die Ausstellung ist eine Wanderausstellung und wird nach Stationen in Graz, Leoben und Voitsberg im Herbst 2019 in Fohnsdorf zu sehen sein.



Für Sie da

Claudia Klimt-Weithaler
Ihre Vertreterin im Landtag Steiermark

E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at • www.kpoe-steiermark.at
Tel. 0316 / 877-5104

KPÖ BILDUNGSVEREIN

<http://kpoe-bildungsverein.at/>

PROGRAMM

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im Volkshaus Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 71 29 59

[bildungverein.kpoe-steiermark.at](mailto:bildungsverein.kpoe-steiermark.at)

www.volkshaus-graz.at



BIBLIOTHEK des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Nach Vereinbarung für alle
zugänglich



Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben.

Tel. Bernd Mugele 0664/736 46417
<http://kpoe-bildungsverein.at>

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Heimische Wildtiere in Not

Der Verein „Kleine Wildtiere in großer Not“ nimmt verwaiste und verletzte Wildtiere auf, zieht sie auf oder pflegt sie gesund, um sie danach wieder in die Freiheit zu entlassen. Täglich sind Monika Großmann und ihre Mitarbeiter mit viel Liebe und Herzblut für ihre Schützlinge da und kümmern sich jährlich um rund 5.000 Wildtiere. Der Verein wird zu 80% von Spenden finanziert. Das Ausbleiben von staatlicher Unterstützung erschwert aktuell die Arbeit des Vereins.



Eichörnchenbaby und Fuchsbabies.
Fotos: Laura Papst und Alex Settari

Mehr unter:

www.wildtiere-in-not.at

Umfrage Hühnerfleisch

Aus einem Ukraine-Hendl wird ein EU-Produkt.

Ein ukrainischer Großkonzern umgeht mit einem Trick die Einfuhrbestimmungen der EU – und wird dafür belohnt. Die heimische Geflügelwirtschaft könnte daran zerbrechen. Biologisch aufgezogene Hühner, am besten aus regionaler Landwirtschaft – das wünschen sich viele

Hendl-Konsumenten am Teller. Doch das Geflügel, das vermeintlich von Bauern „aus der Europäischen Union“ großgezogen wurde, stammt immer häufiger aus ukrainischen Großbetrieben, die sich an keine Tierschutzrichtlinien halten müssen, und dafür noch großzügige Kredite aus EU-Mitteln bekommen. Was halten Sie davon? – Umfrage unten.

Sagen Sie uns Ihre Meinung! Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise (T-Shirts)

Hühnerfleisch aus der Ukraine macht heimischen Bauern das Leben schwer. Die EU verzichtet aus politischen Gründen auf ein Verbot. Finden Sie das richtig?

- JA, der freie Warenverkehr ist eine der EU-Grundfreiheiten und sollte nicht hinterfragt werden.
- NEIN, bei dieser Art der Nahrungsmittelproduktion bleiben Menschen, Tiere und die Umwelt auf der Strecke.

Gedanken und Anregungen:

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Landtags-Infoblatt.

Name:

Adresse, E-Mail:

Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF



GLB-KPÖ

Rufen Sie an!

0677 / 612 538 99

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>

Für gratis Fahrradmitnahme im Zug



Radausflüge sind ein Vergnügen für die ganze Familie. Eine unkomplizierte Mitnahme des Rades mit dem Zug wäre oft möglich. In der Praxis scheitert es oft an hohen Kosten und einem Labyrinth aus unterschiedlichen Bestimmungen und Tarifen.

Wer sein Rad mit dem Zug mitnehmen will, ist oft mit Hindernissen konfrontiert. Die KPÖ will mit kostenloser Fahrradmitnahme Erleichterungen für Freizeitradler und Pendler erreichen.

ÖBB, GKB und die Steiermarkbahn und Bus GmbH (StB) haben unterschiedliche Fahrrad-

tarife. Während bei der GKB die Fahrradmitnahme gratis ist, zahlt man bei den Steiermarkbahn auf den unterschiedlichen Strecken verschiedene Preise. Bei den ÖBB sind es zehn Prozent des Personalfahrtpreises und mindestens zwei Euro. Ein eigenes Fahrradticket des Verkehrsverbundes existiert aktuell nicht. Zwar ist es möglich, ein durchgängiges Personenticket zu lösen, mit dem man beispielsweise von einer Garnitur der ÖBB auf einen Steiermarkbahn-Zug umsteigen kann, eine ähnliche Variante ist für die Fahrradmitnahme allerdings nicht vorgesehen.

Die KPÖ hat deshalb im steirischen Landtag gefordert, eine kostenlose Fahrradmitnahme in allen steirischen Nahverkehrszügen einzuführen.



Bitte frankieren,
wenn Marke zur Hand

An die

**STEIRISCHE
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

**RAT UND HILFE IN MIET-
WOHNUNGSFRAGEN**

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte
um telefonische Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at



ZVP
Zentralverband der
Pensionisten

**SPRECH-
STUNDEN**

MO. bis DO. von
10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ **0316/ 71 24 80**

Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen
bei Anträgen um
Pflegegeld, Pension.
Ausfüllen von
Formularen.
Erklärung zur Arbeit-
nehmerveranlagung
(=Jahresausgleich).
Geselligkeit.
Ausflüge, Reisen,
Turnen.

Auskunft zu den
Ortsgruppen:
0316/ 71 24 80



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer;
oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermitteln die Tierheime des Landestierschutzvereins,
Graz, Grabenstraße 113, Tel. 0316 / 68 42 12 www.landestierschutzverein.at
Murtal, Murweg 3, 8723 Kobenz, Tel. 03512 / 49575



Kim: Die 8-jährige, unkomplizierte Berner Sennen-Mischlingshündin ist äußerst verschmust und anhänglich und wünscht sich eine aktive Familie, die gerne lange und gemütliche Spaziergänge unternimmt.



Ceronimo: Der Schäferfrüde Ceronimo ist ca. 15 Monate alt und stammt aus schlechter Haltung. Er ist sehr freundlich, aber auch lebhaft und sucht einen Kenner der Rasse, der ev. auch Sport mit ihm machen möchte.



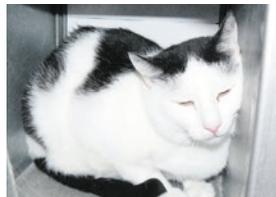
Cooper: Der sehr lebhaft und freundliche Staff-Mischling (kast., 5 Jahre alt) musste wegen Trennung und Zeitmangel ins Tierheim. Kinder mag er gerne, bei Hunden entscheidet die Sympathie. Er sucht nach Rassekennern, die gerne eine lustigen, aktiven Begleiter hätten.



Sunny: Sunny ist eine 4-jährige Schäfermischlingshündin, die ihrem Namen alle Ehre macht. Sie ist immer lustig und sehr lebhaft. Andere Hunde mag sie nicht alle, dafür ist sie aber sonst unkompliziert und gelehrt.



Shiela: Die 9-jährige Belgische Schäfermischlingshündin ist nichts für Stubenhocker. Sie braucht noch immer viel Bewegung und Beschäftigung. Für Rassekenner!



Lennox: Der schüchternere Lennox ist ein 6-jähriger, kastrierter Kater. Er braucht einen Platz mit Freigang und viel Liebe und Geduld!



Farbmäuse: Aus schlechter Haltung gerettet wurden insgesamt 19 weiße Farbmäuse, die nun auf gute neue Plätze warten.



Kaninchen Marius: Der ein-zweijährige Marius ist ein kastrierter Rammler, der einen Platz in einem Freigehege mit Artgenossen sucht.

Informationen und Adressen zu Arbeit, Gesundheit, Soziales, Behinderung, Gewalt, Scheidung, Pension, Sucht, Pflegegeld, Umwelt, Verkehr, Wohnen...

Der Sozialratgeber kann kostenlos beim KPÖ-Gemeinderatsklub Graz (0316/872-2153) bestellt werden. Die PDF-Version steht auf

www.kpoe-graz.at zum Download zur Verfügung.



Wo Ferien
noch
Ferien sind



Schöne Ferienwohnungen Nähe Bad Radkersburg zu vermieten. **Natur pur.** 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.

3 Komfort-Ferienwohnungen
(93 bzw. 63 qm) für 2 bis 5 Personen, nicht teuer.
Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

<https://hollerhof.at> • Tel. 03476/ 20525

kinderland
Steiermark

1-2 ODER 3
Wochen

**SOMMERHITS
FÜR FERIENKIDS**
KOMM MIT INS FERIEMLAND!



SPIEL - SPAß - SPANNUNG - ACTION

Feriedorf Turnersee
vom 07.07. bis 10.08.2019

für Kinder von
6 bis 15 Jahren
Rasch anmelden auf
www.kinderland-steiermark.at



Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPÖ** wirkt!
Mit Rat und Tat!

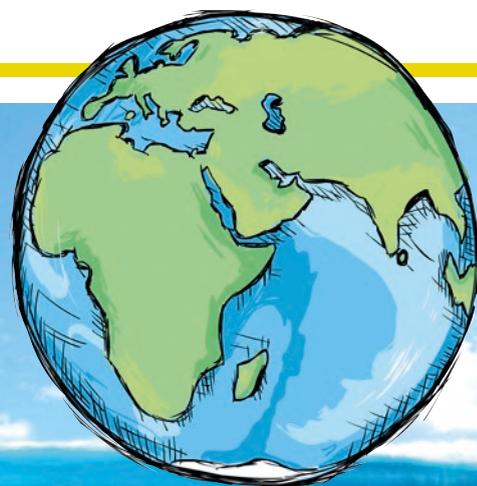
Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. **Graz, Landhaus**

Nationalratswahl 29. September 2019

WEM KANN MAN NOCH VERTRAUEN?



KPO



Soziales darf nicht

untergehen



KPO